



Standard-Eurobarometer 81 Frühjahr 2014

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

ERSTE ERGEBNISSE

Befragung: Juni 2014

Veröffentlichung: Juli 2014

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 81 / Frühjahr 2014 – TNS opinion & social

Standard-Eurobarometer 81
Frühjahr 2014

Erste Ergebnisse

Umfrage durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der
Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission

Koordiniert von der Europäischen Kommission, Generaldirektion
Kommunikation (DG COMM „Strategie, Corporate-
Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“)

INHALT

I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN	6
1. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND.....	6
2. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND	7
3. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE	8
4. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN, NATIONALE PARLAMENTE UND IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND	9
5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND.....	10
6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE.....	11
II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EUROPÄER	12
1. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE	12
2. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE	13
III. DIE EUROPÄER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	14
1. EINSCHÄTZUNG DER DERZEITIGEN SITUATION: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE.....	14
2. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: TREND.....	15
3. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG.....	16
4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN ZWÖLF MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE.....	19
5. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT DEM EURO ALS GEMEINSAME WÄHRUNG: TREND	21
6. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT DEM EURO ALS GEMEINSAME WÄHRUNG: NATIONALE ERGEBNISSE	22
IV. DIE KRISE.....	23
1. 1. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND	23
2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN	24
V. LEBENSBEDINGUNGEN IN DER EU: AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN.....	26
1. ZUFRIEDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ASPEKTEN DES LEBENS: TRENDS	26
2. ZUFRIEDENHEIT MIT DEM LEBENSSTANDARD: NATIONALE ERGEBNISSE	27
3. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG: TRENDS.....	29
4. DAS WAHRGENOMMENE ARMUTSRISIKO: NATIONALE ERGEBNISSE.....	30

VI. UNIONSBÜRGERSCHAFT	31
1. DAS GEFÜHL, EIN BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND.....	31
2. DAS GEFÜHL, EIN BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE.....	32
3. KENNTNIS DER RECHTE: TRENDS.....	33
4. KENNTNIS DER RECHTE: NATIONALE ERGEBNISSE	34
5. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU	35
SCHLUSSFOLGERUNG	36

ANHANG

TECHNISCHER HINWEIS

EINLEITUNG

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Umfrage 81 vorgestellt, die zwischen dem 31. Mai und 14. Juni 2014 in 34 Ländern bzw. Gebieten¹ durchgeführt wurde: in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), den fünf Kandidatenländern (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro und Serbien) und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Der vorliegende Bericht „Erste Ergebnisse“ enthält eine Auswahl von Daten zu verschiedenen Themen, wie z. B. zur Wirtschaft und zur politischen Situation in Europa. Er wird zusammen mit den Ergebnissen für die Standard-Eurobarometer-Fragen zur Wirtschaftskrise und zu anderen politischen Trends in der EU veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

Die letzte Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 (EB80) war vor allem von zwei Entwicklungen geprägt: zum einen von einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Indikatoren (Wahrnehmung der aktuellen Lage und Erwartungen an die nahe Zukunft) und zum anderen von einem Stopp des Abwärtstrends hinsichtlich der Unterstützung für die EU, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war.

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2014 wurde unmittelbar in der Woche nach den achten Wahlen zum Europäischen Parlament durchgeführt, die zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 in den Mitgliedstaaten der EU abgehalten wurden. Die Europäische Volkspartei (EVP) erhielt 29,43 % der Stimmen und damit 221 Sitze im Europäischen Parlament.² Die zweithöchsten Stimmanteile erhielten mit 25,43 % die Sozialisten und Demokraten, was 191 Sitzen entspricht. Geprägt waren diese Europawahlen von dem erfolgreichen Abschneiden euroskeptischer Parteien in mehreren Mitgliedstaaten, insbesondere in Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Dänemark.

Die Feldarbeit wurde nur wenige Wochen nach Veröffentlichung der Wirtschaftsprognosen³ für das Frühjahr 2014 durch die Europäische Kommission geführt. Darin prognostiziert die Europäische Kommission für das Gesamtjahr 2014 ein BIP-Wachstum von 1,6 % in der EU und von 1,2 % im Euroraum. Damit fällt die Prognose etwas positiver als noch im Herbst 2013 aus. Gleichzeitig sind EU-weit die Arbeitslosenquoten zurückgegangen.⁴ Die Arbeitslosenquote in der EU28 ist von 10,5 % im März 2014 um -0,1 % auf 10,4 % im April 2014 gesunken. Gegenüber dem Vorjahr konnte sogar ein Rückgang von -0,5 % verzeichnet werden (10,9 % im April 2013). Diese Entwicklung trifft – wenngleich in geringerem Ausmaß – auch auf den Euroraum zu (11,7 % im April 2014 gegenüber 11,8 % im März 2014 und 12 % im April 2013). Trotz einer allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Europäischen Union, bestehen weiter erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

¹ Die genauen Daten der Befragungszeiträume in den einzelnen Mitgliedstaaten sind im technischen Hinweis aufgeführt.

² Diese Sitzverteilung ist nur vorläufig und kann sich je nach Entscheidung der Abgeordneten (MdEP) ändern.

³ http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2014/pdf/ee3_en.pdf

⁴ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-03062014-BP/EN/3-03062014-BP-EN.PDF

In folgenden EU-Ländern haben seit dem letzten Standard-Eurobarometer vom Herbst 2013 (EB80) Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen stattgefunden: Slowakei, Ungarn, Litauen und Belgien.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse in den 28 EU-Mitgliedstaaten und ist in sechs Teile gegliedert. Der erste Teil untersucht, wie die Europäer ihre politischen Institutionen wahrnehmen: nationale Regierungen, nationale Parlamente sowie die EU und ihre Institutionen. Der zweite Teil widmet sich den größten Sorgen der Europäer auf Ebene der europäischen Union. Anschließend geht der Bericht der Frage nach, wie die Befragten die aktuelle wirtschaftliche Lage wahrnehmen, welche Erwartungen sie an die kommenden zwölf Monate haben und was sie über den Euro denken. Der vierte Teil befasst sich mit Wahrnehmungen zu den Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt. Als Nächstes wird untersucht, wie die Europäer ihr Leben in der EU wahrnehmen und wie hoch sie das Risiko einschätzen, in Armut zu geraten. Der sechste und letzte Teil befasst sich mit Fragen zur Unionsbürgerschaft.

Da diese Fragen bereits bei früheren Standard-Eurobarometer-Umfragen gestellt wurden, werden auch Meinungstrends analysiert.

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate-Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“) für Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt.⁵ Diesem Bericht ist als Anhang ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden auch die Konfidenzintervalle erläutert.⁶

Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und ihre Entsprechungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union – 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	EURORAUM	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien **	NICHT-EURORAUM	BG, CZ, DK, LT, HU, PL, RO, SE, UK, HR
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		

* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Für den Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, ist der gemeinschaftliche Besitzstand („acquis communautaire“) aufgehoben. Aus praktischen Gründen wurden nur die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil durchgeführten Interviews in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und in den EU28-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, sind in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community*, türkisch-zyprische Gemeinschaft] ausgewiesen.

** Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

* * * * *

Wir möchten allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

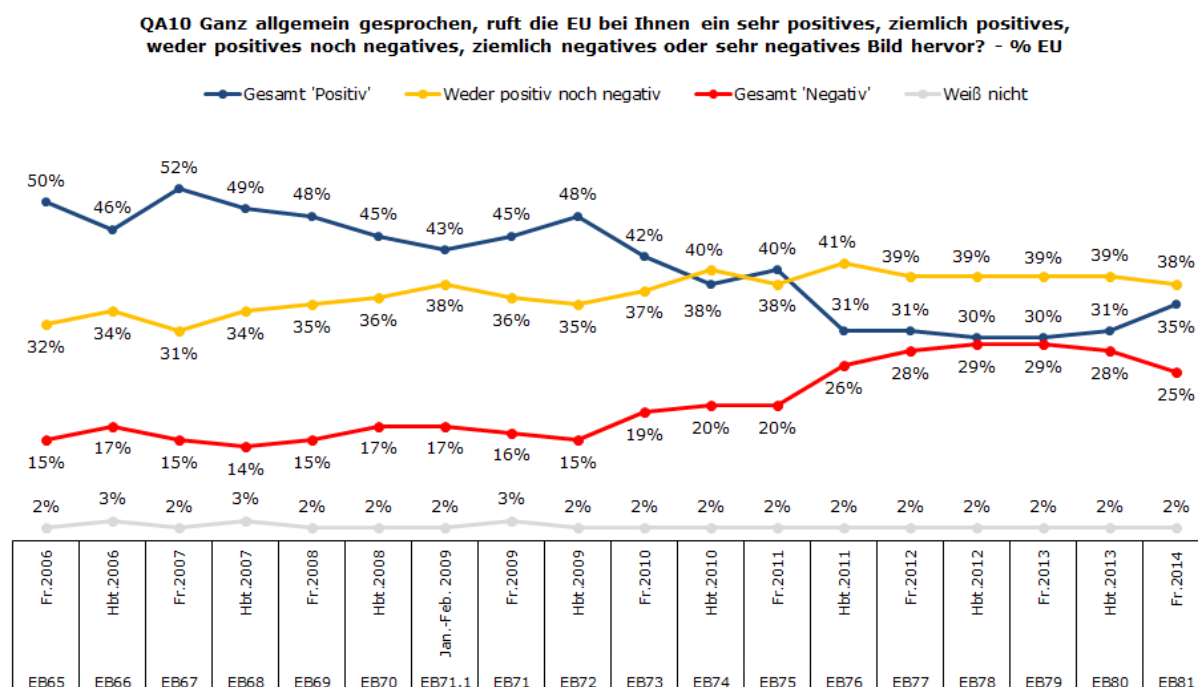
⁵ http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

⁶ Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100 % übersteigen können, wenn der Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

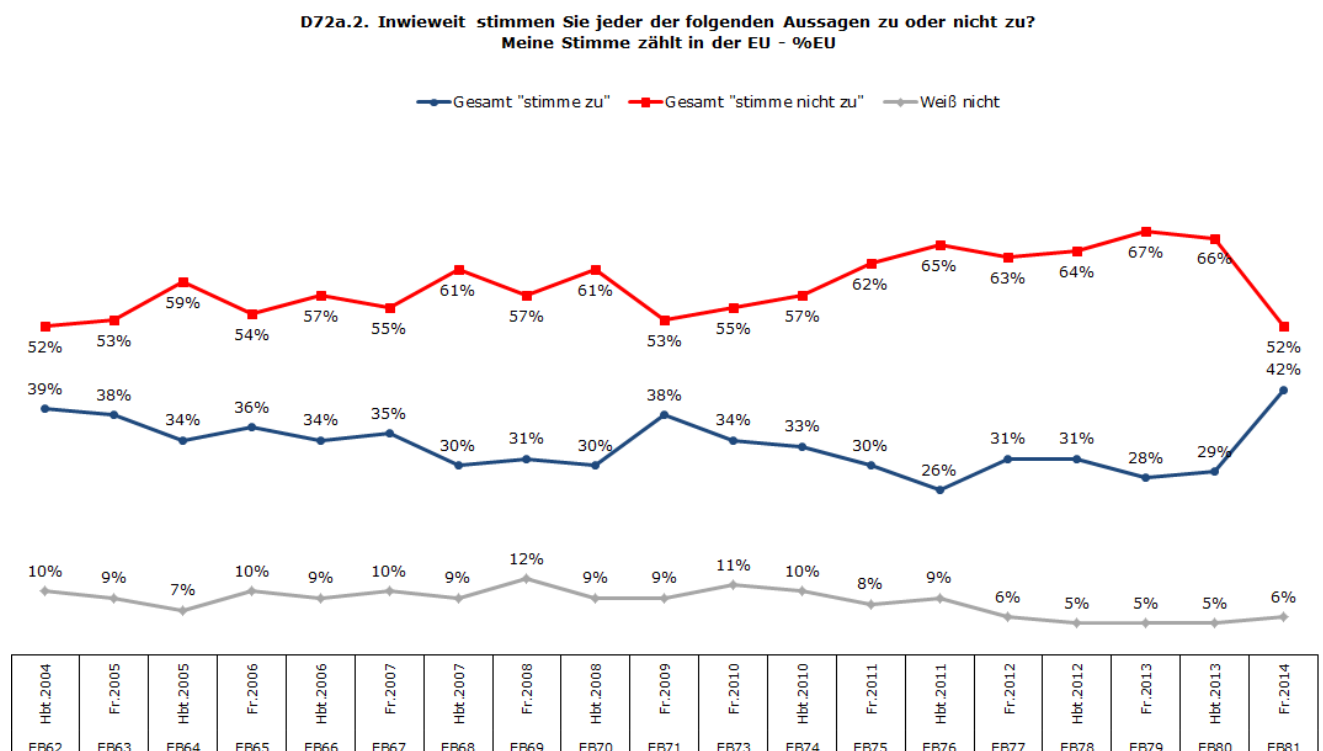
1. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Das Image der EU hat sich seit Herbst 2013 verbessert. Obwohl eine relative Mehrheit der Europäer nach wie vor ein neutrales Bild von der EU hat (38 %, -1 Prozentpunkt), haben aktuell mehr Befragte ein positives Bild von der EU (35 %, +4) und weniger ein negatives (25 %, -3). Der Anstieg um vier Prozentpunkte beim Anteil der Europäer, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, markiert den höchsten Zuwachs seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2007. Damals war der Anteil der Europäer, die mit der EU ein positives Bild assoziieren, von 46 % im Herbst 2006 um sechs Prozentpunkte auf 52 % im Frühjahr 2007 gestiegen. Aktuell ist der Anteil der Befragten, die ein positives Bild von der EU haben, zehn Prozentpunkte höher als der Anteil derjenigen, bei denen die EU ein negatives Bild hervorruft. Mit zehn Prozentpunkten Unterschied zwischen den Europäern, die ein „positives“ Bild mit der EU verbinden, und jenen, die ein „negatives“ Bild assoziieren, ist dies der größte prozentuale Unterschied seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 (EB75).



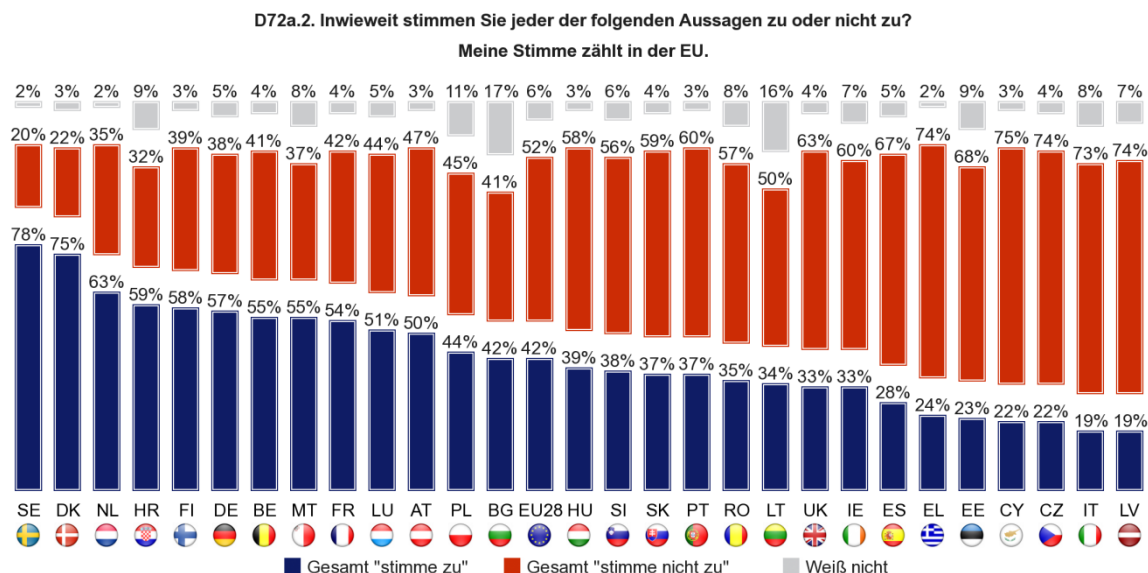
2. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Mehr als vier von zehn Europäern sind der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU zählt (42 %, +13 Prozentpunkte seit Herbst 2013). Der Anteil der Europäer, die sagen, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, ist stark gesunken, und zwar von zuletzt zwei Drittel (66 %) auf ein wenig mehr als die Hälfte (52 %) aller Befragten. Ursächlich für diese positive Entwicklung ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Europawahl, die kurz vor der Durchführung der Interviews stattgefunden hat. Gleichzeitig ist der Anstieg der Meinung, nach welcher „meine Stimme zählt“, der höchste Wert, der jemals im Rahmen einer Standard-Eurobarometer-Befragung zu dieser Frage verzeichnet wurde. Die Bürger, die der Meinung sind, dass ihre Stimme zählt, sind heute genauso häufig wie zuletzt 2004.



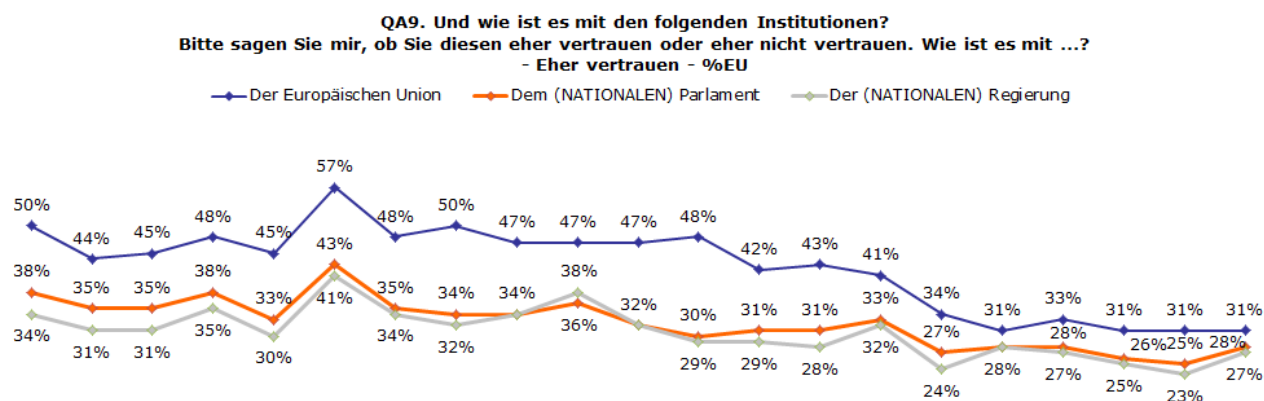
3. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 11 Mitgliedstaaten ist eine absolute Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU zählt. Diese Meinung wird von mindestens drei Viertel der Befragten in Schweden (78 %) und Dänemark (75 %) sowie von zwischen zwei Drittel und der Hälfte der Bevölkerung in den Niederlanden (63 %), Kroatien (59 %), Finnland (58 %), Deutschland (57 %), Belgien (55 %), auf Malta (55 %), in Frankreich (54 %), Luxemburg (51 %) und Österreich (50 %) geteilt. Zum Vergleich: Im Herbst 2013 war Dänemark das einzige Land, in dem diese Auffassung von einer absoluten Mehrheit der Befragten vertreten wurde. In der Standard Eurobarometer Befragung vom Frühjahr 2009 (EB71), die unmittelbar nach den Europawahlen 2009 durchgeführt wurde, waren es nur sechs: Dänemark (65%), Schweden (58%), Niederlande (56%), Belgien (54%), Malta (51%) und Luxemburg (50%). In Bulgarien ist eine hauchdünne Mehrheit der Bevölkerung ebenfalls der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU zählt (42 % gegenüber 41 %). In den sechzehn anderen Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, wobei sich die Anteile zwischen 45 % in Polen und 75 % auf Zypern bewegen. Was die diesbezügliche Meinungsentwicklung betrifft, so ist in allen 28 Mitgliedstaaten ein Zuwachs an Befragten zu verzeichnen, die der Meinung sind, dass ihre Stimme innerhalb der Europäischen Union zählt, allen voran in Schweden (78 %, +31 Prozentpunkte), den Niederlanden (63 %, +23) und Finnland (58 %, +20).



4. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN, NATIONALE PARLAMENTE UND IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND

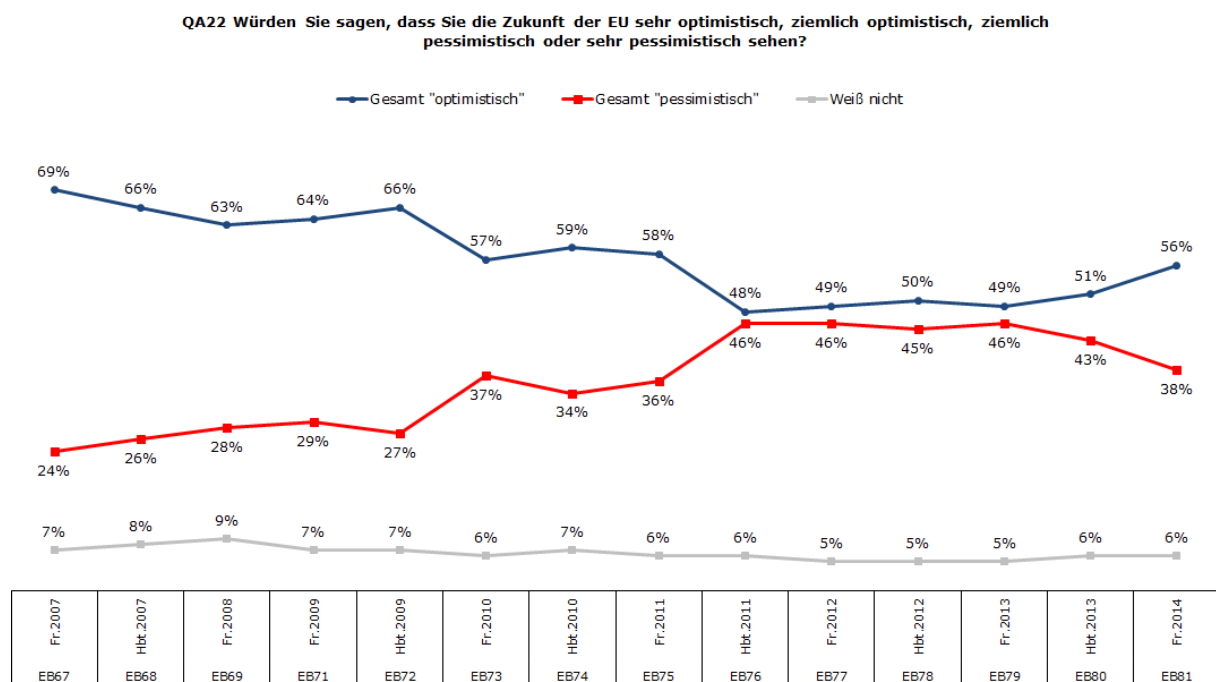
Das Vertrauen in nationale politische Institutionen und in die Europäische Union ist unter den Europäern nach wie vor gering. Das Vertrauen in nationale Regierungen (27 %, +4 Prozentpunkte seit Herbst 2013) und nationale Parlamente (28 %, +3) ist zum ersten Mal seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2012 (EB77) wieder gestiegen. Dieser leichte Vertrauenszuwachs in nationale politische Institutionen überträgt sich jedoch nicht auf die Europäische Union. Das Vertrauen in die Europäische Union ist seit der dritten Umfrage in Folge unverändert (31 %). Der Anteil der Europäer, die den nationalen Regierungen (68 %, -4) und den nationalen Parlamenten (65 %, -4) eher nicht vertrauen, ist gesunken. Gleiches gilt – wenn auch in geringerem Ausmaß – für den Anteil derjenigen, die kein Vertrauen in die Europäische Union haben (56 %, -2).



Hbt. 2004	Fr. 2005	Hbt. 2005	Fr. 2006	Hbt. 2006	Fr. 2007	Hbt. 2007	Fr. 2008	Hbt. 2008	Jan.-Feb. 2009	Fr. 2009	Hbt. 2009	Fr. 2010	Hbt. 2010	Fr. 2011	Hbt. 2011	Fr. 2012	Hbt. 2012	Fr. 2013	Hbt. 2013	Fr. 2014
EB62	EB63	EB64	EB65	EB66	EB67	EB68	EB69	EB70	EB71.1	EB71	EB72	EB73	EB74	EB75	EB76	EB77	EB78	EB79	EB80	EB81

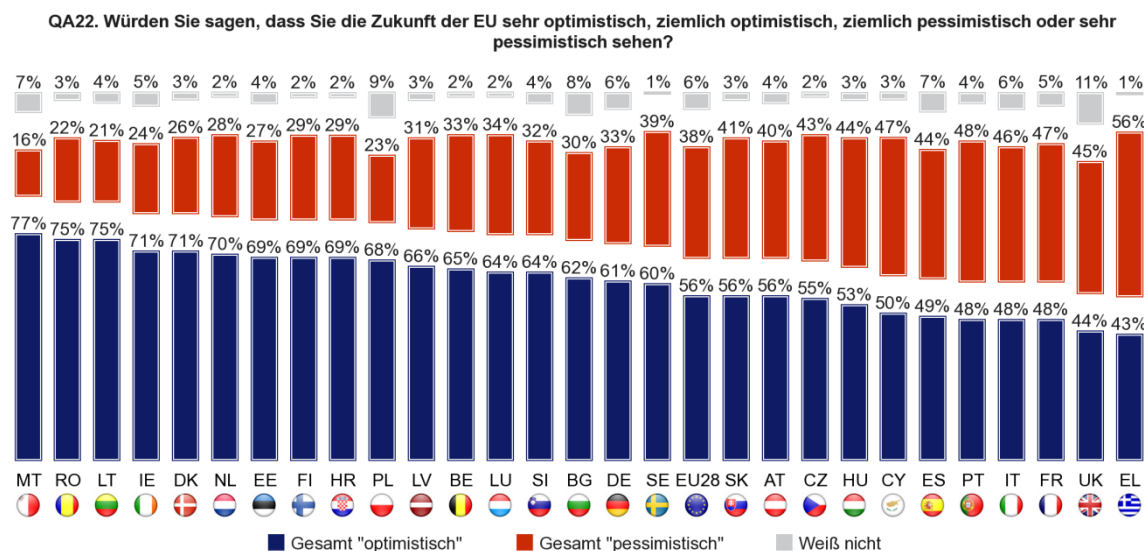
5. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Bei der Frage nach der Zukunft der EU konnte bereits in der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80) ein Positivtrend beobachtet werden. Dieser hat sich in der aktuellen Umfrage fortgesetzt. Ausdruck hierfür ist eine Zunahme des Optimismus hinsichtlich der Zukunft der Europäischen Union. Nach eigenen Angaben blickt mehr als die Hälfte der Europäer optimistisch in die Zukunft der Europäischen Union (56 %, +5 Prozentpunkte seit Herbst 2013). Parallel dazu ist der Anteil der pessimistischen Sichtweisen gesunken (38 %, -5). Die Differenz zwischen Optimisten und Pessimisten beträgt derzeit achtzehn Prozentpunkte (gegenüber acht Prozentpunkten im Herbst 2013 und lediglich drei Prozentpunkten im Frühjahr 2013).



6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

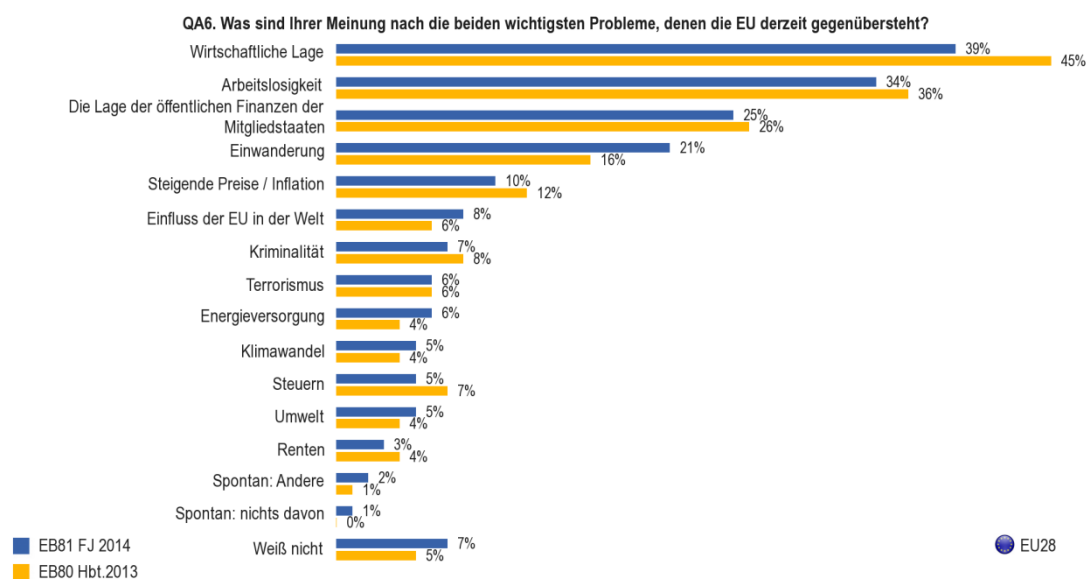
In 25 Mitgliedstaaten blickt eine Mehrheit der Bürger optimistisch in die Zukunft der Europäischen Union. Der Anteil der Befragten, die diesen Optimismus teilen, rangiert zwischen 48 % in Frankreich und Italien, 75 % in Rumänien und Litauen und 77 % auf Malta. Die einzigen drei Ausnahmen sind Griechenland (insgesamt 56 % pessimistisch gegenüber 43 % optimistisch), das Vereinigte Königreich (45 % gegenüber 44 %) und Portugal, wo die Bevölkerung geteilter Meinung ist (48 % gegenüber 48 %). Darüber hinaus ist in 25 Mitgliedstaaten ein Anstieg des Optimismus zu beobachten. In der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 konnte hingegen nur in 22 Mitgliedstaaten eine Zunahme des Optimismus verzeichnet werden. In fünf dieser Mitgliedstaaten hat die aktuelle Entwicklung dazu geführt, dass der Optimismus hinsichtlich der Zukunft Europas – anders als noch im Herbst 2013 – mittlerweile von einer Mehrheit der Befragten geteilt wird: Zypern (50 % gegenüber 47 %, im Vergleich zu 29 % gegenüber 66 % im Herbst 2013), Italien (48 % gegenüber 46 %, im Vergleich zu 40 % gegenüber 52 % im Herbst 2013), Frankreich (48 % gegenüber 47 %, im Vergleich zu 40 % gegenüber 56 % im Herbst 2013), Tschechische Republik (55 % gegenüber 43 %, im Vergleich zu 48 % gegenüber 50 % im Herbst 2013) und Ungarn (53 % gegenüber 44 %, im Vergleich zu 46 % gegenüber 49 % im Herbst 2013). Ein Rückgang des Optimismus im Hinblick auf die Zukunft der EU ist in drei Mitgliedstaaten zu konstatieren, namentlich in Dänemark (71 %, -4 Prozentpunkte), im Vereinigten Königreich (44 %, -1) und in der Slowakei (56 %, -1).



II. DIE WICHTIGSTEN SORGEN DER EUROPÄER

1. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE

Wirtschaftliche Belange sind nach wie vor die Themen, die den Europäern die größten Sorgen auf europäischer Ebene bereiten. Allerdings ist der Anteil der Befragten, die wirtschaftliche Belange nennen, mit Ausnahme des Themas Arbeitslosigkeit gegenüber den Standard-Eurobarometer-Umfragen vom Frühjahr 2013 (EB79) und Herbst 2013 (EB80) gesunken. Wenn man die Europäer bittet, die zwei wichtigsten Probleme zu nennen, so erwähnen die Befragten weiterhin die wirtschaftliche Lage (39%, -6 Prozentpunkte im Vergleich zum Herbst 2013) und dies trotz eines Rückgangs um -20 Punkte im Vergleich zur Eurobarometer Standard Befragung vom Herbst 2011 (59% im EB76). Diese Sorge ist nunmehr dicht gefolgt von der Arbeitslosigkeit (34%, -2). An dritter Stelle wird die Lage der öffentlichen Finanzen von einem Drittel der Europäer genannt (25%, -1). Die Einwanderung steht weiterhin an vierter Stelle auf europäischer Ebene und wird von jedem Fünften genannt (21%, +5 seit Herbst 2013, und +11 seit dem Frühjahr 2013, 10%).






2. DIE WICHTIGSTEN SORGEN AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

Die wirtschaftliche Lage ist in 21 Mitgliedstaaten die derzeit meistgenannte Antwort (die Anteile schwanken zwischen 54% auf Zypern und 26% in Rumänien und in Polen). In sechs weiteren Mitgliedstaaten wird sie an zweiter Stelle genannt (Österreich ist das einzige Land, in dem die wirtschaftliche Lage lediglich an dritter Stelle genannt wird). Die Arbeitslosigkeit ist die meistgenannte Sorge auf europäischer Ebene in Italien (53%), in Luxemburg (48%) und in Portugal (47%). In drei Ländern werden wirtschaftliche Lage und Arbeitslosigkeit gleichwertig als die beiden vordringlichsten Probleme eingeschätzt, den die EU derzeit gegenüber steht: Zypern (54% für die beiden Probleme), Dänemark (jeweils 42%) und Polen (jeweils 26%). Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten wird in drei Mitgliedstaaten als das wichtigste Problem eingeschätzt: Deutschland (42%), Österreich (35%) und die Tschechische Republik (30%). Die Einwanderung kommt auf Malta an erster Stelle (55%, gegenüber 21% auf europäischer Ebene). Aber sie wird auch überdurchschnittlich oft im Vereinigten Königreich (29%, an zweiter Stelle), in Bulgarien (28%, ebenfalls an zweiter Stelle) und in Deutschland (28%) genannt. Die Befragten Personen in Schweden sorgen sich insbesondere um Umweltfragen (25% sowohl für Umwelt als auch für Klimawandel, beide gleichauf an dritter Stelle, gegenüber 5% auf EU-Ebene).

QA6 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

	Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Einwanderung	Steigende Preise/Inflation	Einfluss der EU in der Welt	Kriminalität	Terrorismus	Energieversorgung	Klimawandel	Steuern	Umwelt	Renten
EU28	39%	34%	25%	21%	10%	8%	7%	6%	6%	5%	5%	5%	3%
BE	39%	36%	21%	21%	10%	8%	16%	11%	5%	7%	5%	6%	5%
BG	34%	18%	14%	28%	5%	10%	6%	8%	9%	5%	2%	7%	2%
CZ	28%	24%	30%	21%	13%	11%	11%	11%	8%	4%	3%	7%	5%
DK	42%	42%	18%	21%	3%	10%	14%	6%	5%	15%	1%	11%	1%
DE	33%	30%	42%	28%	9%	8%	9%	4%	9%	6%	2%	4%	3%
EE	34%	16%	31%	21%	9%	16%	5%	8%	11%	1%	4%	4%	4%
IE	45%	40%	22%	10%	13%	7%	9%	5%	4%	4%	11%	4%	2%
EL	44%	37%	30%	18%	8%	13%	8%	5%	3%	3%	6%	4%	2%
ES	52%	40%	26%	13%	9%	6%	4%	2%	3%	2%	6%	2%	3%
FR	46%	35%	23%	16%	10%	11%	6%	10%	7%	5%	4%	8%	3%
HR	38%	33%	25%	14%	11%	12%	12%	5%	5%	6%	3%	3%	1%
IT	45%	53%	16%	25%	12%	4%	4%	4%	2%	1%	16%	2%	4%
CY	54%	54%	19%	15%	5%	7%	15%	7%	1%	2%	3%	1%	0%
LV	33%	17%	28%	22%	10%	9%	7%	7%	8%	5%	7%	4%	4%
LT	28%	15%	27%	21%	14%	10%	11%	9%	11%	5%	8%	2%	2%
LU	26%	48%	19%	18%	12%	9%	10%	4%	6%	6%	5%	7%	5%
HU	34%	29%	31%	19%	12%	10%	13%	7%	9%	6%	4%	4%	4%
MT	30%	26%	15%	55%	5%	3%	7%	4%	5%	5%	1%	5%	3%
NL	49%	36%	31%	27%	6%	15%	6%	5%	4%	5%	2%	4%	1%
AT	31%	32%	35%	18%	13%	11%	11%	2%	4%	8%	6%	9%	5%
PL	26%	26%	21%	15%	10%	10%	4%	8%	11%	4%	3%	4%	5%
PT	42%	47%	32%	8%	14%	4%	5%	3%	1%	2%	8%	0%	4%
RO	26%	22%	14%	14%	18%	6%	16%	10%	4%	4%	7%	5%	5%
SI	43%	40%	26%	13%	4%	9%	11%	3%	3%	5%	6%	4%	2%
SK	36%	34%	26%	9%	16%	9%	12%	10%	8%	3%	5%	6%	6%
FI	40%	31%	36%	15%	9%	11%	9%	5%	9%	11%	4%	7%	2%
SE	40%	37%	19%	18%	0%	7%	6%	2%	9%	25%	2%	25%	1%
UK	33%	26%	11%	29%	8%	9%	5%	7%	6%	5%	3%	3%	2%

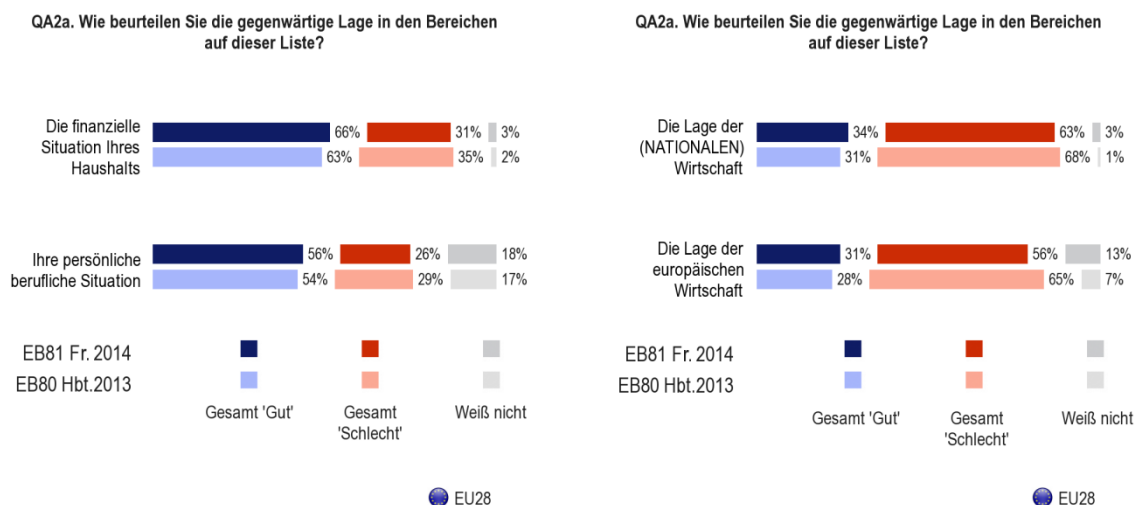
 Am häufigsten erwähnte Antwort
 Am zweithäufigsten erwähnte Antwort
 Am dritthäufigsten erwähnte Antwort

III. DIE EUROPÄER UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

1. EINSCHÄTZUNG DER DERZEITIGEN SITUATION: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

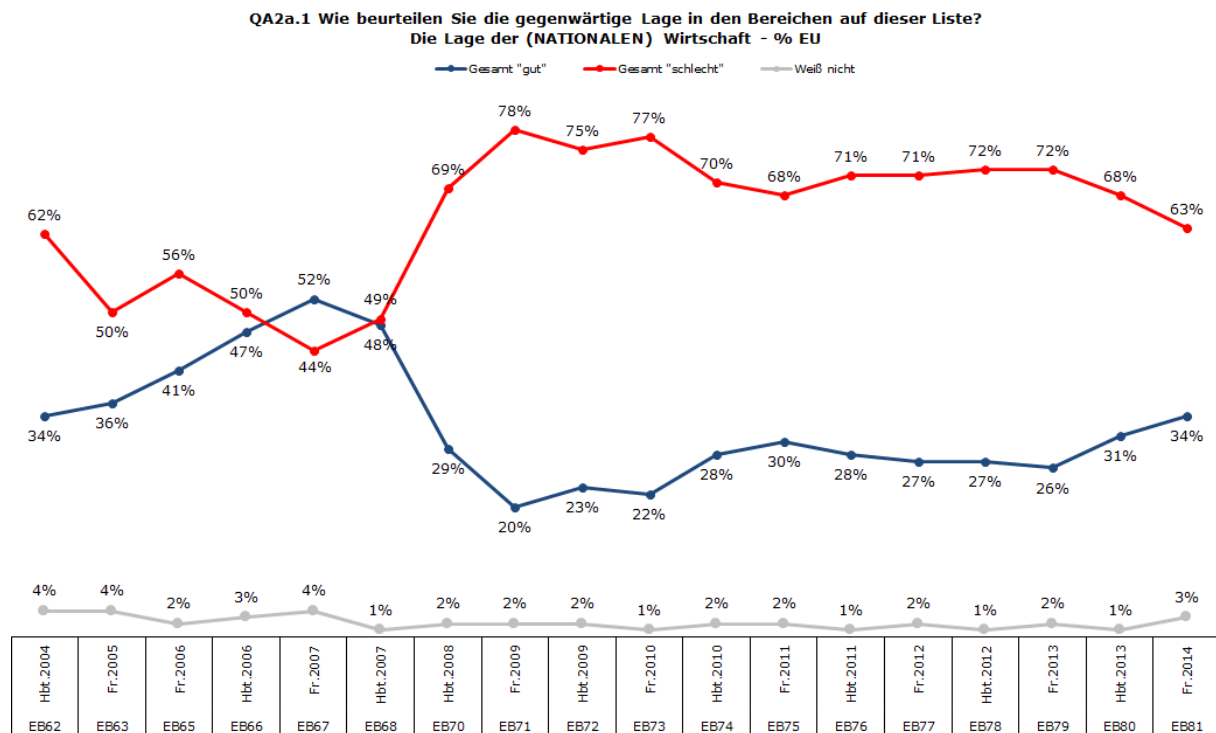
Die Wahrnehmung der aktuellen wirtschaftlichen Lage und der derzeitigen persönlichen Situation befindet sich seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 (EB80) weiterhin im Aufwärtstrend. Ausdruck dieser positiven Entwicklung ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage auf nationaler (gesamt „gut“ +3 Prozentpunkte, gesamt „schlecht“ -5) und europäischer Ebene (gesamt „gut“ +3, gesamt „schlecht“ -9) durch die europäischen Bürger. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage trotz dieses Positivtrends insgesamt eher verhalten optimistisch ausfällt. Nur etwa ein Drittel der Europäer beurteilt die wirtschaftliche Lage auf nationaler bzw. europäischer Ebene als „gut“.

Auch die Bewertung der persönlichen Situation hat sich seit der Befragung im Herbst 2013 verbessert. Zwei Drittel beschreiben die finanzielle Situation ihres Haushalts als gut (66 %, +3, gegenüber 31 % „schlecht“, -4). 56 % geben auch für ihre persönliche berufliche Situation an, dass diese gut ist (+2, gegenüber 26 %, -3).



2. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: TREND

Eine große Mehrheit der Europäer beurteilt die Lage ihrer nationalen Wirtschaft weiterhin als schlecht (63 %, -5 Prozentpunkte). Allerdings ist der Anteil der Befragten, die ihre nationale wirtschaftliche Lage als „gut“ bewerten, zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2007 (EB68) und somit zum ersten Mal seit Beginn der Krise⁷ auf über ein Drittel gestiegen (34 %, +3).



⁷ Der Beginn der Krise wird häufig mit dem Konkurs des Bankhauses Lehman Brothers am 15. September 2008 gleichgesetzt.

3. DIE AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE LAGE AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNG

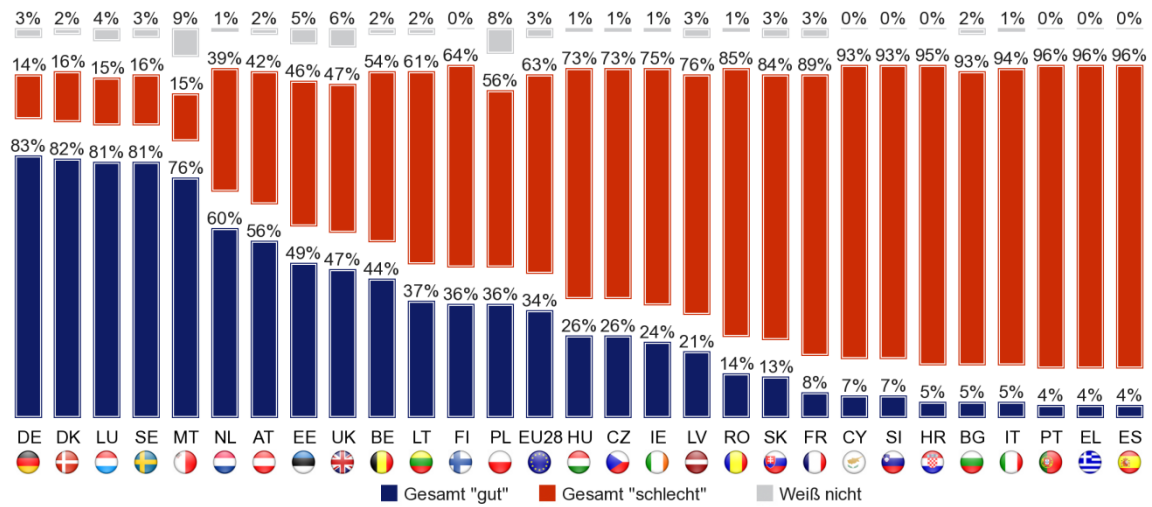
Hinter dem EU-Durchschnitt verbergen sich eklatante Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Am oberen Ende der Skala finden sich mehr als drei Viertel der Befragten, die die aktuelle wirtschaftliche Lage in ihrem Land als gut beurteilen, namentlich in Deutschland (83 %), Dänemark (82 %), Luxemburg (81 %), Schweden (81 %) und auf Malta (76 %). In insgesamt acht Mitgliedstaaten ist der Anteil der positiven Einschätzungen vorherrschend (im Herbst 2013 war dies nur in sechs Ländern der Fall). Am anderen Ende der Skala stehen neun Mitgliedstaaten, in denen die wirtschaftliche Lage im eigenen Land nach wie vor kritisch gesehen und von weniger als jedem zehnten Befragten als gut eingestuft wird. Dies sind Spanien, Griechenland, Portugal (jeweils 4 %), Italien, Bulgarien, Kroatien (jeweils 5 %), Slowenien und Zypern (jeweils 7 %) sowie Frankreich (8 %).

Insgesamt ist festzuhalten, dass sich die öffentliche Meinung zur Lage der nationalen Wirtschaft im Vergleich zur Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst (EB80) in 19 Mitgliedstaaten verbessert hat, in vier Mitgliedstaaten unverändert geblieben ist und sich in fünf Mitgliedstaaten verschlechtert hat. Der größte Zuwachs an Befragten, die der Meinung sind, dass die wirtschaftliche Situation im eigenen Land gut ist, ist in den Niederlanden (60 %, +20 Prozentpunkte), der Tschechischen Republik (26 %, +11) und in Litauen (37 %, +10) zu beobachten. Finnland ist das Land, in dem der diesbezüglich stärkste Rückgang zu verzeichnen ist (36 %, -11, nach einem Rückgang um sechs Prozentpunkte zwischen Herbst und Frühjahr 2013). In den anderen vier Ländern, in denen ebenfalls ein Rückgang des Anteils an Befragten zu verzeichnen ist, die ihre nationale Wirtschaftslage als gut bezeichnen, ist dieser moderater ausgefallen (ein Rückgang um weniger als 5 Prozentpunkte).






























Die Differenz zwischen dem oberen und dem unteren Ende der Skala hat sich gegenüber der Umfrage vom Herbst 2013 (83 Prozentpunkte) etwas verkleinert und beträgt aktuell 79 Prozentpunkte. Diese Differenz ergibt sich aus einem Höchstwert von gesamt „gut“ von 83 % in Deutschland und einem Tiefstwert von gesamt „gut“ von 4 % in Spanien, Griechenland und Portugal. Im Herbst 2013 lag die Differenz noch bei 83 Prozentpunkten. In den Standard-Eurobarometer-Umfragen zwischen Herbst 2012 (EB78) und Herbst 2013 (EB80) wurde noch eine kontinuierliche Zunahme dieser Differenz verzeichnet werden.

QA2a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?

Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft



QA2a.1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

		Gesamt "gut"	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Gesamt "schlecht"	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014 - Hbt.2013
	EU28	34%	+3	63%	-5	3%	+2
	EURO ZONE	32%	+2	66%	-3	2%	+1
	NICHT-EUROZONE	38%	+5	57%	-8	5%	+3
	NL	60%	+20	39%	-21	1%	+1
	CZ	26%	+11	73%	-12	1%	+1
	LT	37%	+10	61%	-9	2%	-1
	LU	81%	+9	15%	-11	4%	+2
	UK	47%	+9	47%	-13	6%	+4
	DK	82%	+8	16%	-8	2%	=
	IE	24%	+6	75%	-6	1%	=
	EE	49%	+5	46%	-8	5%	+3
	MT	76%	+5	15%	-4	9%	-1
	CY	7%	+4	93%	-4	0%	=
	HU	26%	+4	73%	-4	1%	=
	EL	4%	+2	96%	-2	0%	=
	HR	5%	+2	95%	-1	0%	-1
	BE	44%	+1	54%	-2	2%	+1
	DE	83%	+1	14%	-2	3%	+1
	FR	8%	+1	89%	-2	3%	+1
	PL	36%	+1	56%	-5	8%	+4
	PT	4%	+1	96%	=	0%	-1
	SI	7%	+1	93%	-1	0%	=
	BG	5%	=	93%	-1	2%	+1
	ES	4%	=	96%	=	0%	=
	LV	21%	=	76%	-1	3%	+1
	RO	14%	=	85%	=	1%	=
	SK	13%	-1	84%	-1	3%	+2
	IT	5%	-2	94%	+1	1%	+1
	AT	56%	-4	42%	+3	2%	+1
	SE	81%	-4	16%	+2	3%	+2
	FI	36%	-11	64%	+11	0%	=

4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN ZWÖLF MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Eine Mehrheit der Europäer geht weiterhin davon aus, dass die wirtschaftliche Lage auf nationaler (47 %, +2 Prozentpunkte seit Herbst 2013) und europäischer Ebene (42 %, -1) in den nächsten zwölf Monaten „gleich bleiben“ wird. Allerdings hat der Optimismus auf beiden Ebenen zugenommen (24 %, +3 Prozentpunkte für jede Ebene). Noch bemerkenswerter ist jedoch der signifikante Rückgang des Anteils an Befragten, die der Meinung sind, dass sich die wirtschaftliche Lage im eigenen Land (23 %, -7) und in der EU (18 %, -9) verschlechtern wird.

Aufgrund der Zunahme des Anteils an Befragten, die „besser“ geantwortet haben und des Rückgangs derjenigen, die „schlechter“ geantwortet haben, ist der Optimismusindex⁸ für die kommenden zwölf Monate gegenüber der Umfrage vom Herbst 2013 deutlich gestiegen (von -9 auf +1 in Bezug auf die wirtschaftliche Lage im eigenen Land und von -6 auf +6 im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage in der EU). Damit weist der Optimismusindex für die nationale wirtschaftliche Lage zum ersten Mal seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2007 (EB67) wieder einen positiven Wert auf. Für die wirtschaftliche Lage in der EU ist dies der erste positive Wert seit Herbst 2009 (EB72).

Die gleiche Tendenz zeigt sich – wenn auch in geringerem Ausmaß – bei den Erwartungen der Befragten hinsichtlich der finanziellen Situation ihres Haushalts und ihrer persönlichen beruflichen Situation. Der Anteil der Befragten, die erwarten, dass die nächsten zwölf Monate „besser“ sein werden, ist jeweils um zwei Prozentpunkte gestiegen (auf 21 % bzw. 20 %), während der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben davon ausgehen, dass die Situation „schlechter“ sein wird, sowohl in Bezug auf die finanzielle Situation des Haushalts (14 %, -5) als auch die persönliche berufliche Situation (7 %, -3) gesunken ist. Eine große Mehrheit der Europäer erwartet jedoch in Bezug auf beide Aspekte, dass die nächsten zwölf Monate gleich sein werden (62 %, +3 bzw. 60 %, -2).

⁸ Differenz zwischen dem Anteil der „Besser“-Antworten und dem Anteil der „Schlechter“-Antworten

QA3a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich
sein, wenn es um Folgendes geht?

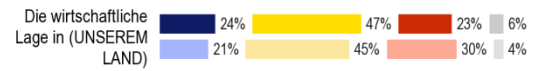


EB81 Fr. 2014
EB80 Hbt. 2013

Besser Gleich Schlechter Weiß nicht

EU28

QA3a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate?
Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich
sein, wenn es um Folgendes geht?



EB81 Fr. 2014
EB80 Hbt. 2013

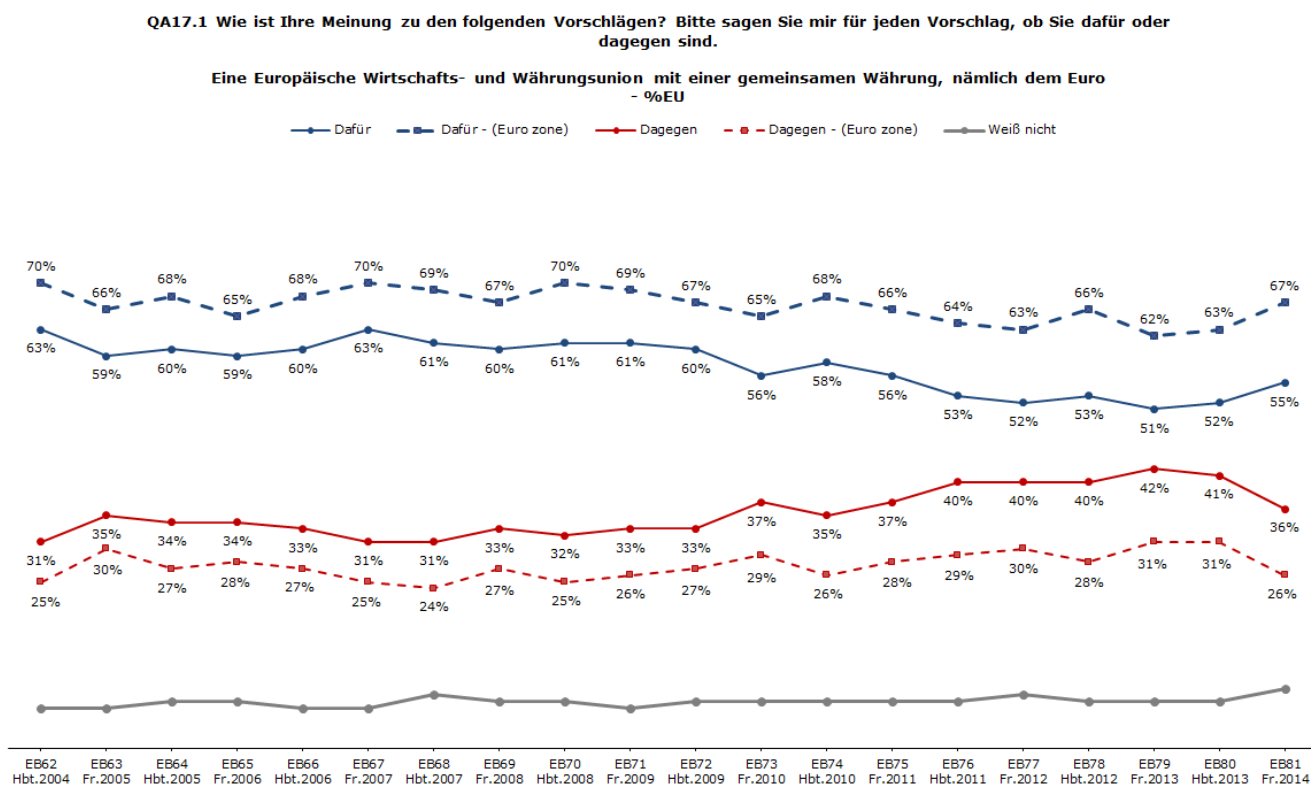
Besser Gleich Schlechter Weiß nicht

EU28

5. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT DEM EURO ALS GEMEINSAME WÄHRUNG: TREND

Eine absolute Mehrheit der Europäer befürwortet eine Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung: 55 % sind dafür (+3 Prozentpunkte seit der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013, EB80), und 36 % sind dagegen (-5). Der Index der Unterstützung⁹ für den Euro ist seit Herbst 2013 deutlich gestiegen (von +11 auf +19). Dieser Indexanstieg um acht Prozentpunkte ist der höchste Zuwachs seit dem Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2002 (EB57), das nur wenige Monate nach Einführung des Euro-Bargelds durchgeführt wurde. Damals konnte ein Indexanstieg um +11 Prozentpunkte von +31 im Herbst 2001 (EB56) auf +42 im Frühjahr 2002 verzeichnet werden.

Zwei Drittel der Europäer, die in der Eurozone leben sind für den Euro (67%, +4 Prozentpunkte seit Herbst 2013, gegenüber 26% die gegen den Euro sind, -5). Außerhalb der Eurozone, erreicht die Unterstützung für den Euro mittlerweile 32% (-2) und die Ablehnung 57% (-1).

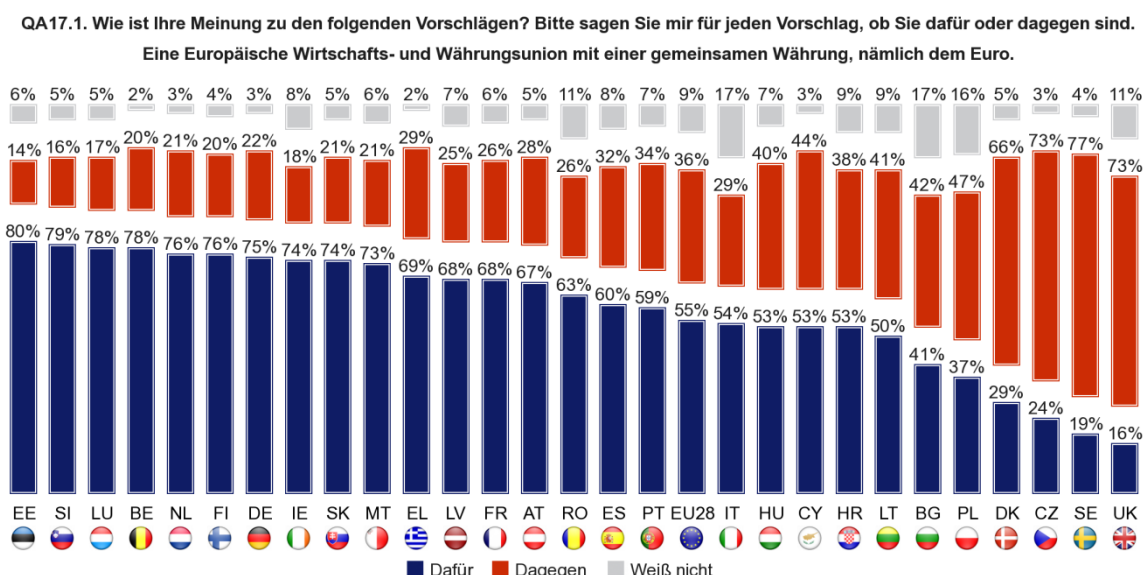


⁹ Differenz zwischen dem Anteil der „Dafür“-Antworten und dem Anteil der „Dagegen“-Antworten.

6. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT DEM EURO ALS GEMEINSAME WÄHRUNG: NATIONALE ERGEBNISSE

In 22 Mitgliedstaaten spricht sich eine absolute Mehrheit der Europäer für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro aus (im Herbst 2013 war dies in 21 Mitgliedstaaten der Fall). In folgenden Ländern sind mindestens drei Viertel der Befragten für den Euro: Estland (80 %), Slowenien (79 %), Luxemburg (78 %), Belgien (78 %), Niederlande (76 %), Finnland (76 %) und Deutschland (75 %). Die einzigen Länder, in denen eine Mehrheit der Befragten den Euro ablehnt, sind Schweden (77 %), das Vereinigte Königreich und die Tschechische Republik (jeweils 73 %), Dänemark (66 %), Polen (47 % dagegen und 37 % dafür) sowie Bulgarien (42 % dagegen und 41 % dafür). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass keines dieser sechs Länder gegenwärtig Mitglied der Eurozone ist.

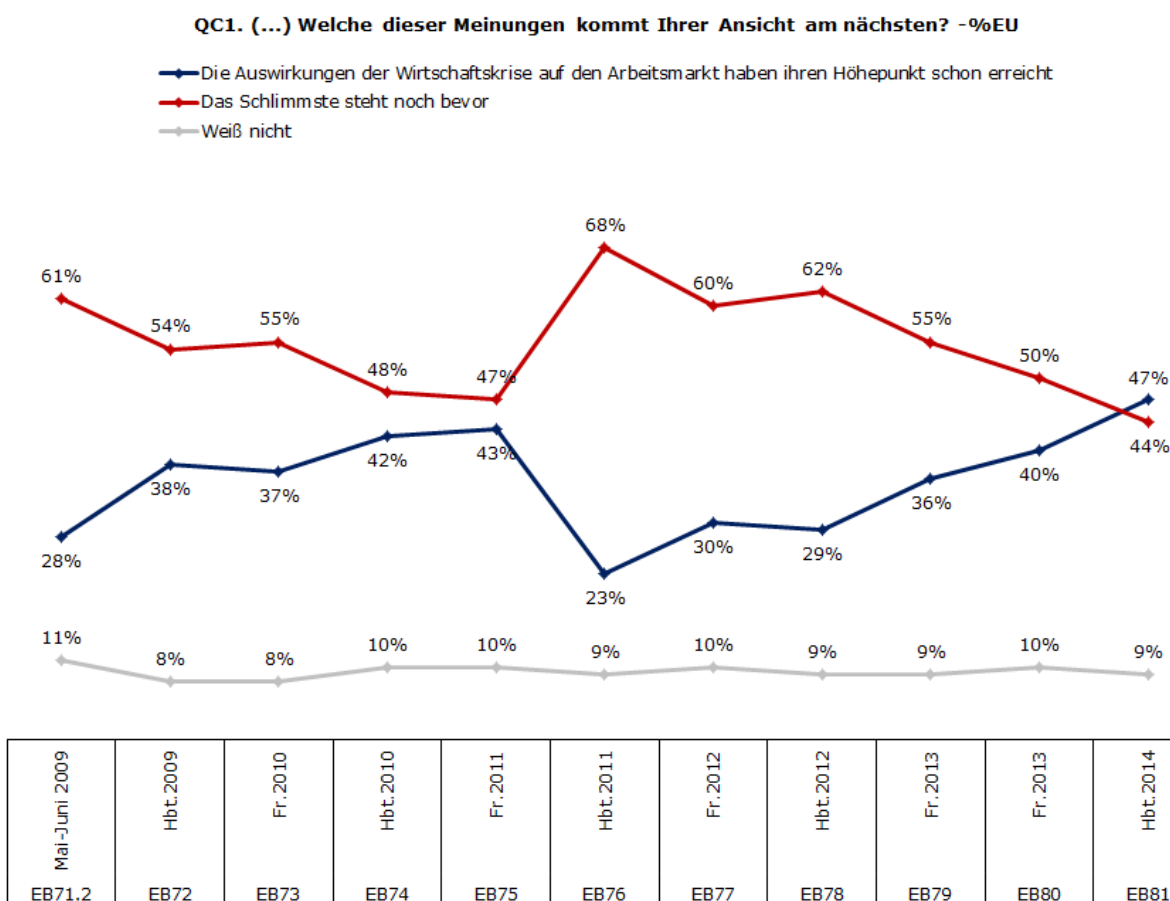
Die Unterstützung für die einheitliche Währung ist in 19 Mitgliedstaaten gestiegen. Am stärksten ist dies der Fall in Lettland, das den Euro im Januar 2014 eingeführt hat (68 %, +15 Prozentpunkte, nach einem Anstieg um 10 Prozentpunkte im Herbst 2013). Ebenfalls nennenswert zugenommen hat die Unterstützung für den Euro in Litauen (50 %, +10), auf Zypern (53 %, +9), in Portugal (59 %, +9) und in Griechenland (69%, +7). In Litauen und auf Zypern wird die gemeinsame Währung mittlerweile von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Im Gegensatz dazu, ist die Ablehnung des Euro in sechs Ländern gestiegen, am deutlichsten in Bulgarien (42%, +6).



IV. DIE KRISE

1. 1. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND

In der aktuellen Umfrage zeigt sich zum ersten Mal seit der Aufnahme dieser Frage in den Fragenkatalog des Standard-Eurobarometer im Mai/Juni 2009 eine Mehrheit der Europäer optimistisch, was die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt betrifft. 47 % der Befragten sind derzeit der Meinung, dass die „Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben“. In der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 war diesbezüglich noch ein Rückgang um sieben Prozentpunkte zu verzeichnen. Nur eine Minderheit der europäischen Bürger ist hingegen der Meinung, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“ (44 %, -6).

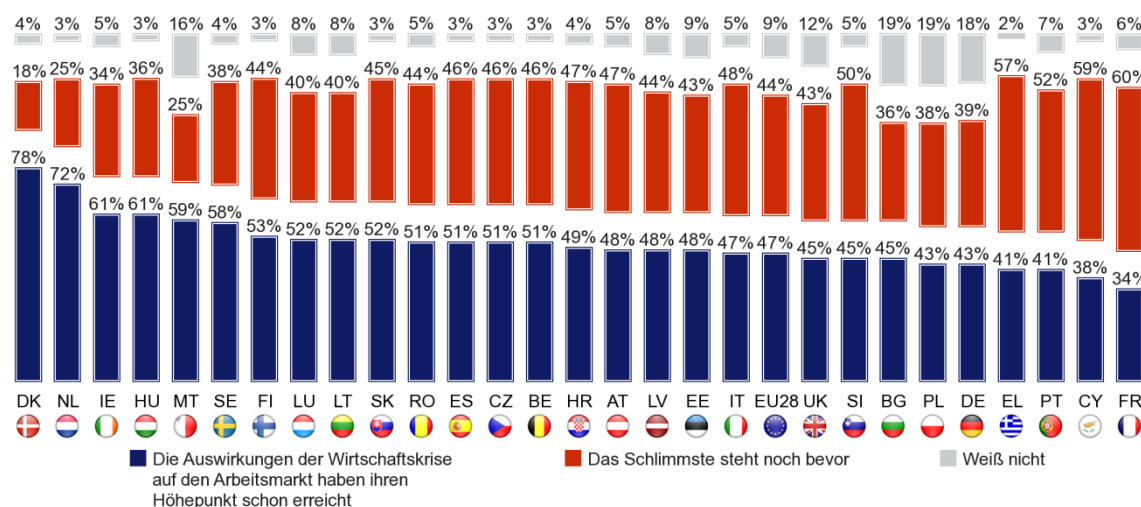


2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN

In 22 Mitgliedstaaten herrscht Optimismus vor, was die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt betrifft (gegenüber 11 Mitgliedstaaten im Herbst 2013). Der höchste Anteil an Befragten, die der Meinung sind, dass „die Auswirkungen ihren Höhepunkt schon erreicht haben“, ist in Dänemark (78 %), den Niederlanden (72 %) sowie in Irland und Ungarn (jeweils 61 %) zu verzeichnen. In sechs Mitgliedstaaten (im Herbst 2013 waren es noch 16 Mitgliedstaaten) wird demgegenüber die Mehrheitsmeinung vertreten, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“: Frankreich (60 %), Zypern (59 %), Griechenland (57 %), Portugal (52 %), Slowenien (50 %) und Italien (48 % gegenüber 47 %).

In den Ländern des Euroraums ist die Öffentlichkeit aufgrund einer deutlichen Zunahme des Optimismus aktuell geteilter Meinung, was die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt betrifft (46 % „Höhepunkt ist schon erreicht“ gegenüber 46 % „das Schlimmste steht noch bevor“, im Vergleich zu 37 % gegenüber 53 % im Herbst 2013). In den Ländern außerhalb des Euroraums ist Anteil der Optimisten infolge eines leichten Anstiegs aktuell höher als der Anteil der Pessimisten (48 % gegenüber 41 %, im Vergleich zu 44 % gegenüber 46 % im Herbst 2013).






























QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



Der Eindruck, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben, hat im Vergleich zum Herbst 2013 in 26 Mitgliedstaaten zugenommen. Die höchsten diesbezüglichen Zuwachsraten sind auf Zypern (38 %, +27 Prozentpunkte), in Rumänien (51 %, +17), Slowenien (45 %, +16), Portugal (41 %, +16) und Luxemburg (52 %, +15) zu verzeichnen. In Rumänien und Luxemburg wird diese Ansicht mittlerweile von einer Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Im Herbst 2013 war in diesen beiden Ländern hingegen nur jeweils eine Minderheit der gleichen Meinung. Diese Veränderung der Mehrheitsmeinung vom Pessimismus zum Optimismus ist in acht

weiteren Mitgliedstaaten zu beobachten, namentlich in Finnland, Litauen, Spanien, Belgien, Kroatien, Lettland, im Vereinigten Königreich und in Deutschland. Estland und Polen sind die einzigen beiden Länder, in denen der Optimismus im Vergleich zum Herbst 2013 abgenommen hat (48 %, -4 bzw. 43 %, -5).

QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

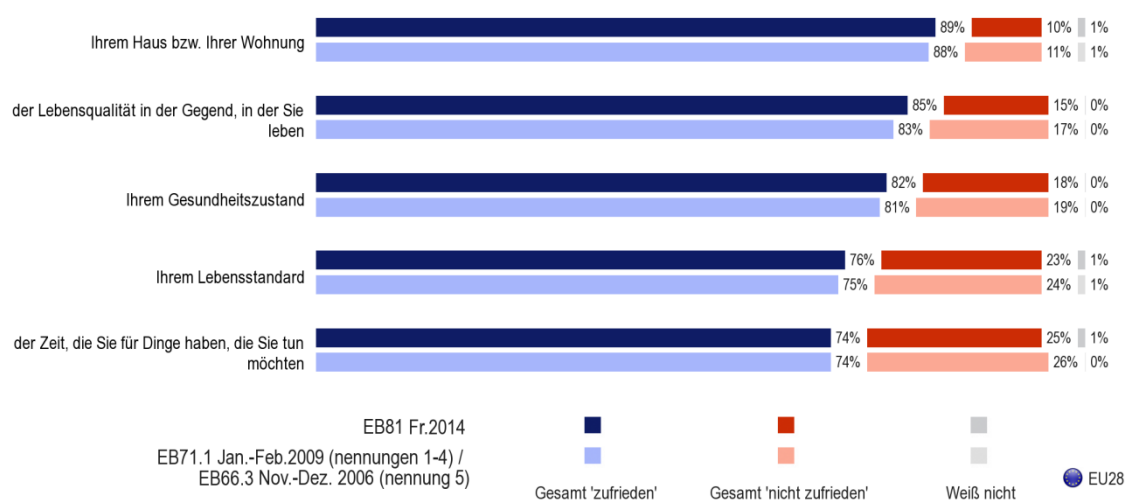
	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Fr.2014-Hbt.2013	Weiß nicht	Unt. Fr.2014-Hbt.2013
 EU28	47%	+7	44%	-6	9%	-1
EURO ZONE	46%	+9	46%	-7	8%	-2
NICHT-EUROZONE	48%	+4	41%	-5	11%	+1
 CY	38%	+27	59%	-28	3%	+1
 RO	51%	+17	44%	-4	5%	-13
 SI	45%	+16	50%	-15	5%	-1
 PT	41%	+16	52%	-15	7%	-1
 LU	52%	+15	40%	-15	8%	=
 EL	41%	+14	57%	-14	2%	=
 NL	72%	+12	25%	-9	3%	-3
 IT	47%	+12	48%	-7	5%	-5
 ES	51%	+11	46%	-9	3%	-2
 HU	61%	+9	36%	-4	3%	-5
 SE	58%	+8	38%	-6	4%	-2
 LT	52%	+8	40%	-6	8%	-2
 DK	78%	+7	18%	-8	4%	+1
 FI	53%	+6	44%	-7	3%	+1
 BE	51%	+6	46%	-7	3%	+1
 UK	45%	+6	43%	-11	12%	+5
 IE	61%	+5	34%	-1	5%	-4
 MT	59%	+5	25%	-2	16%	-3
 LV	48%	+5	44%	-1	8%	-4
 AT	48%	+5	47%	+4	5%	-9
 FR	34%	+5	60%	-6	6%	+1
 HR	49%	+4	47%	-2	4%	-2
 CZ	51%	+3	46%	=	3%	-3
 DE	43%	+3	39%	-2	18%	-1
 SK	52%	+1	45%	+5	3%	-6
 BG	45%	+1	36%	+2	19%	-3
 EE	48%	-4	43%	+3	9%	+1
 PL	43%	-5	38%	-1	19%	+6

V. LEBENSBEDINGUNGEN IN DER EU: AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN

1. ZUFRIEDENHEIT MIT VERSCHIEDENEN ASPEKTEN DES LEBENS: TRENDS

Eine große Mehrheit der Europäer ist trotz der seit 2007/2008 anhaltenden Wirtschaftskrise in der EU mit den Lebensbedingungen zufrieden. Dies zeigt sich darin, dass die europäischen Bürger mit ihrem Haus bzw. ihrer Wohnung zufrieden sind (89 % gesamt „zufrieden“, +1 Prozentpunkt seit Januar/Februar 2009¹⁰, gegenüber 10 % gesamt „nicht zufrieden“, -1). Gleiches gilt für die Lebensqualität in der Gegend, in der die Befragten leben (85 % gesamt „zufrieden“, +2, gegenüber 15 % gesamt „nicht zufrieden“, -2), ihren Gesundheitszustand (82 % gesamt „zufrieden“, +1, gegenüber 18 % gesamt „nicht zufrieden“, -1), ihren Lebensstandard (76 % gesamt „zufrieden“, +1, gegenüber 23 % gesamt „nicht zufrieden“, -1) und die Zeit, die sie für Dinge haben, die sie tun möchten (74 % gesamt „zufrieden“, unverändert seit November/Dezember 2006¹¹, gegenüber 25 % gesamt „nicht zufrieden“, -1). Die Zufriedenheit mit den genannten Aspekten des Lebens ist seit Januar/Februar 2009 relativ stabil geblieben und hat nur leicht zugenommen. Seit November/Dezember 2006 unverändert ist die Zufriedenheit der Bürger mit der Zeit, die sie für Dinge haben, die sie tun möchten.

QE1. Ich lese Ihnen nun verschiedene Bereiche des täglichen Lebens vor. Bitte sagen Sie mir für jeden dieser Bereiche, ob Sie damit sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden sind. Wie ist das mit...



¹⁰ Spezial-Eurobarometer 308: Die Europäer im Jahr 2009

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_308_en.pdf

¹¹ Spezial-Eurobarometer 273: Soziale Wirklichkeit in Europa

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf

2. ZUFRIEDENHEIT MIT DEM LEBENSSTANDARD: NATIONALE ERGEBNISSE

Eine Mehrheit der Befragten in 27 Mitgliedstaaten ist mit dem Lebensstandard, den sie haben, zufrieden. Allerdings ist diese Zufriedenheit unterschiedlich hoch, sodass sich diese Länder in drei Gruppen unterteilen lassen. In den Ländern der ersten Gruppe sind ungefähr 90% der Bürger oder mehr mit dem eigenen Lebensstandard zufrieden. Zu dieser Gruppe gehören Schweden (97 %), Dänemark (96 %), die Niederlande (94 %), Luxemburg (93 %), Österreich (90 %), Finnland (90 %), das Vereinigte Königreich (90 %), Malta (89 %), Belgien (87 %), Deutschland (87 %) und Irland (87 %).

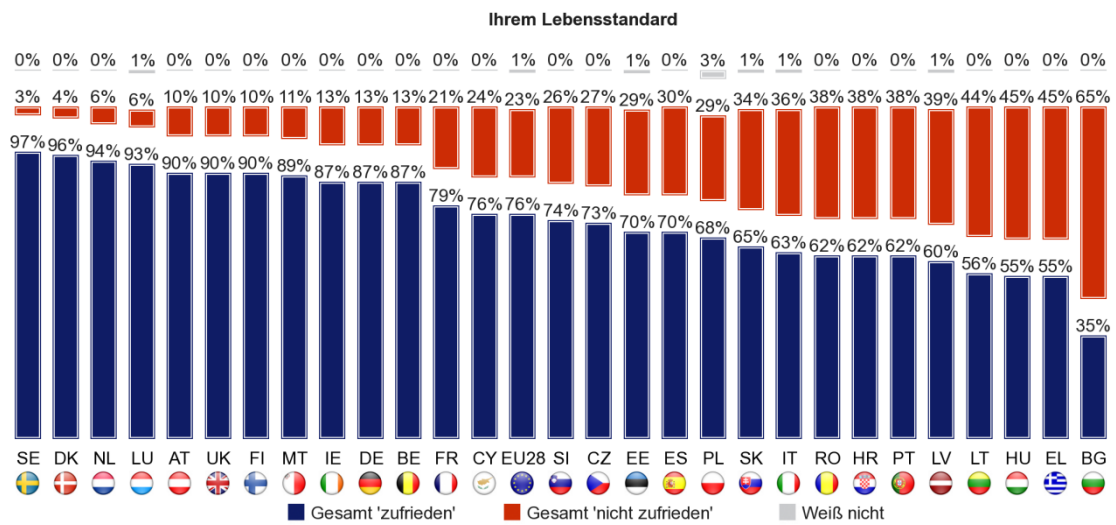
Mit einer Spanne zwischen 79 % und 68 % ist die Zufriedenheit in den Ländern der zweiten Gruppe etwas weniger weit verbreitet, wird aber immer noch von zwei Drittel geteilt. Hierzu zählen Frankreich (79 %), Zypern (76 %), Slowenien (74 %), die Tschechische Republik (73 %), Estland (70 %), Spanien (70 %) und Polen (68 %).

In neun weiteren Mitgliedstaaten sind nach eigenen Angaben zwischen der Hälfte und zwei Drittel der Befragten mit ihrem Lebensstandard zufrieden: Slowakei (65 %), Italien (63 %), Kroatien (62 %), Portugal (62 %), Rumänien (62 %), Lettland (60 %), Litauen (56 %), Griechenland (55 %) und Ungarn (55 %). Hingegen ist in diesen Ländern mehr als ein Drittel der Bevölkerung mit dem eigenen Lebensstandard „nicht zufrieden“.

Bulgarien ist das einzige Land, in dem nur eine Minderheit der Bevölkerung mit dem eigenen Lebensstandard zufrieden ist (35 % gegenüber einem Gesamtwert „nicht zufrieden“ von 65 %).

In 13 Mitgliedstaaten hat die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard seit Januar/Februar 2009 zugenommen, allen voran in Österreich (90 %, +11 Prozentpunkte), Lettland (60 %, +11), Litauen (56 %, +7) und Bulgarien (35 %, +7). Diese positive Entwicklung hat dazu geführt, dass in Lettland und Litauen aktuell eine Mehrheit der Bevölkerung mit dem Lebensstandard zufrieden ist. Im Gegensatz dazu ist in acht Mitgliedstaaten ein Rückgang des Anteils an Befragten zu verzeichnen, die „zufrieden“ geantwortet haben. An der Spitze dieser Gruppe steht Griechenland (55 %, -13). In den übrigen sieben Mitgliedstaaten hat sich die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem eigenen Lebensstandard nicht verändert.

QE1.3. Ich lese Ihnen nun verschiedene Bereiche des täglichen Lebens vor. Bitte sagen Sie mir für jeden dieser Bereiche, ob Sie damit sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden sind. Wie ist das mit...



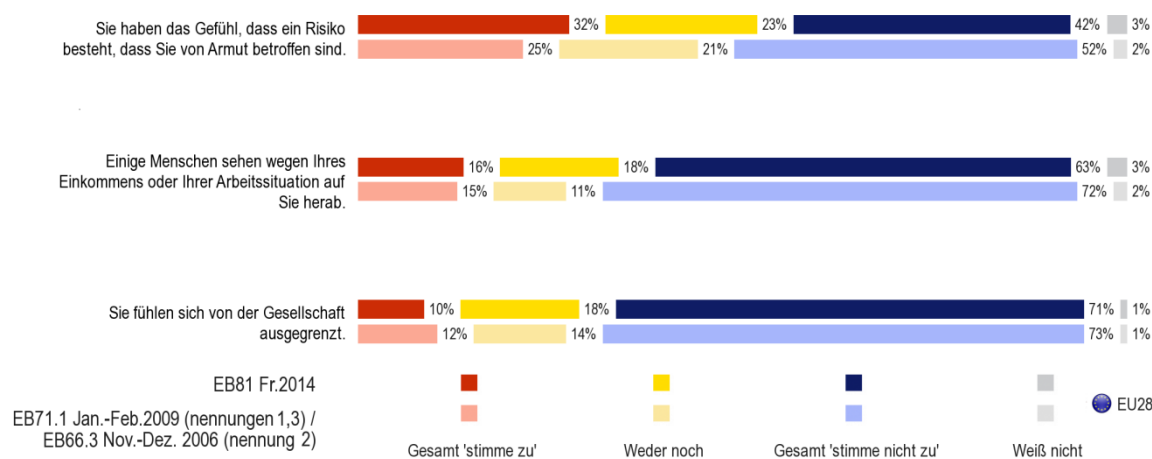
3. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG: TRENDS

Knapp ein Drittel der Europäer ist der Meinung, dass das Risiko besteht, dass sie von Armut betroffen sein könnten: 32 % der Befragten stimmen dieser Aussage zu (+7 Prozentpunkte seit der Spezial-Eurobarometer-Umfrage vom Januar/Februar 2009¹²). Lediglich etwas mehr als vier von zehn Europäern stimmen der Aussage nicht zu (42 %, -10), und 23 % stimmen weder zu noch nicht zu (+2). Das Gefühl, dem Risiko der Verarmung ausgesetzt zu sein, ist seit Anfang 2009 deutlich gestiegen. Ursächlich hierfür sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Schwere und Dauer der Krise.

Nur jeder zehnte Europäer fühlt sich von der Gesellschaft ausgegrenzt (10 %, -2 seit Januar/Februar 2009). Darüber hinaus hat jeder sechste Befragte das Gefühl, dass einige Menschen wegen seines Einkommens oder seiner Arbeitssituation auf ihn herabsehen (16 %, +1 seit dem Spezial-Eurobarometer vom November/Dezember 2006¹³).

Der Anteil derjenigen, die den Aussagen nicht zustimmen, ist in Bezug auf beide Aussagen gesunken (71 %, -2 für die Aussage „Sie fühlen sich von der Gesellschaft ausgegrenzt“ und 63 %, -9 für die Aussage „Einige Menschen sehen wegen Ihres Einkommens oder Ihrer Arbeitssituation auf Sie herab“). Gleichzeitig hat die Unsicherheit zugenommen, was sich darin zeigt, dass jeweils 18 % der Befragten die Frage zur sozialen Ausgrenzung (+4) und zum Ansehen des Einkommens bzw. der beruflichen Situation (+7) mit „weder noch“ beantwortet haben.

QE5. Sagen Sie mir bitte, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht.



¹² Spezial-Eurobarometer 308: Die Europäer im Jahr 2009

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_308_en.pdf

¹³ Spezial-Eurobarometer 273: Soziale Wirklichkeit in Europa

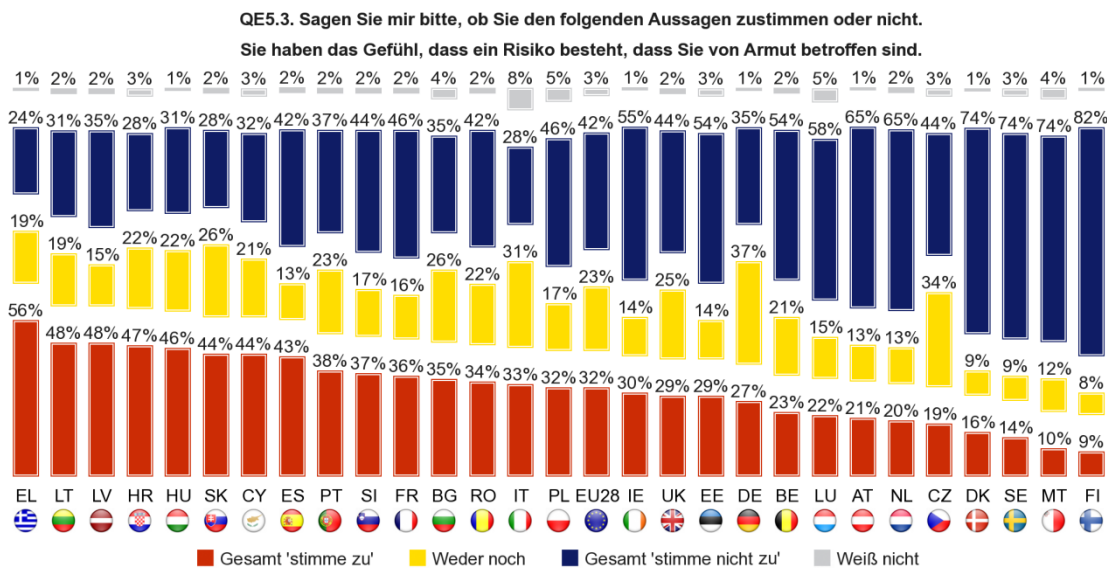
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf

4. DAS WAHrgENOMMENE ARMUTSRISIKO: NATIONALE ERGEBNISSE

Im Ländervergleich zeigen sich erhebliche Unterschiede, was die Wahrnehmung des individuellen Armutsrisikos betrifft. In 10 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Befragten das Gefühl, dass das Risiko besteht, dass sie verarmen könnten. An der Spitze dieser Ländergruppe steht Griechenland, wo eine Mehrheit der Befragten dieses Risiko für real hält (gesamt „stimme zu“ von 56 %). Aber auch in Litauen und Lettland (jeweils 48 %), Kroatien (47 %), Ungarn (46 %), der Slowakei und auf Zypern (jeweils 44 %) sowie in Spanien (43 %) wird dieser Aussage von einem großen Teil der Bevölkerung zugestimmt.

In 16 Ländern stimmt eine Mehrheit der Befragten nicht zu, dass für sie ein Risiko besteht, dass sie von Armut betroffen sein könnten. Dies gilt insbesondere für die Befragten in Finnland (82 %), auf Malta (74 %), in Schweden (74 %), Dänemark (74 %), den Niederlanden (65 %) und in Österreich (65 %).

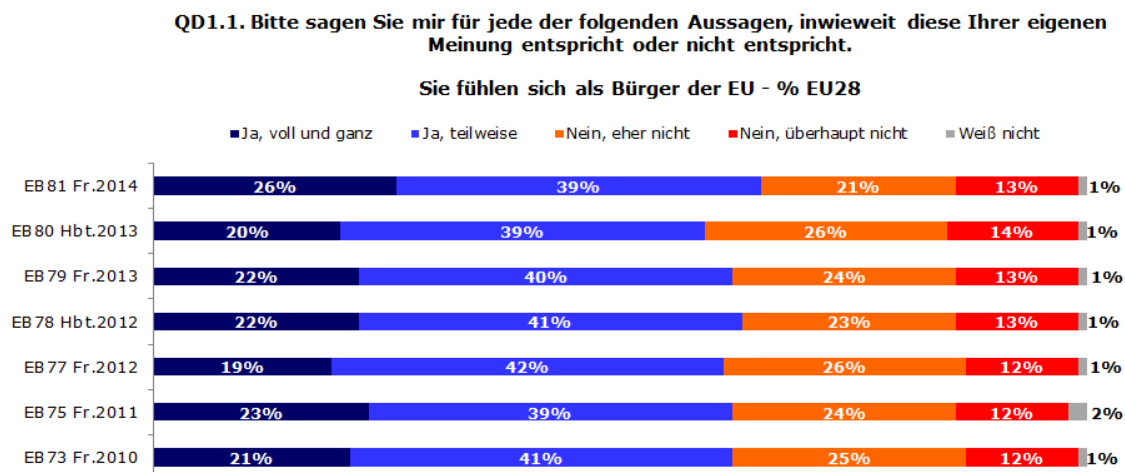
Die Befragten in Bulgarien sind bei dieser Frage geteilter Meinung. Der Anteil der Befragten, die das Gefühl haben, dass ein Risiko besteht, dass sie von Armut betroffen sein könnten, ist genauso hoch wie der Anteil derjenigen, die dieses Gefühl nicht teilen (35 % gegenüber 35 %). In Deutschland herrscht Unentschlossenheit: 37% der Befragten antworten mit „weder noch“.



VI. UNIONSBÜRGERSCHAFT

1. DAS GEFÜHL, EIN BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND

Aktuell fühlen sich nahezu zwei Drittel der Europäer als Bürger der EU (gesamt „ja“ von 65 %). Das sind sechs Prozent mehr als noch im Herbst 2013. Dieser Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass mehr als ein Viertel der Europäer diese Frage mit „ja, voll und ganz“ beantwortet hat (26 %, +6 Prozentpunkte). Der Anteil derjenigen, die „ja, teilweise“ geantwortet haben, ist hingegen unverändert (39 %). Das Gefühl der Unionsbürgerschaft ist unter den Europäern so weit verbreitet wie nie zuvor seit Einführung der Frage im Rahmen der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2010 (EB73). Darüber hinaus hat zum ersten Mal mehr als ein Viertel der Europäer angegeben, dass sie sich „voll und ganz“ als Bürger der Europäischen Union fühlen. Umgekehrt fühlt sich rund ein Drittel der Befragten nicht als Bürger der EU (gesamt „nein“ von 34 %, -6).

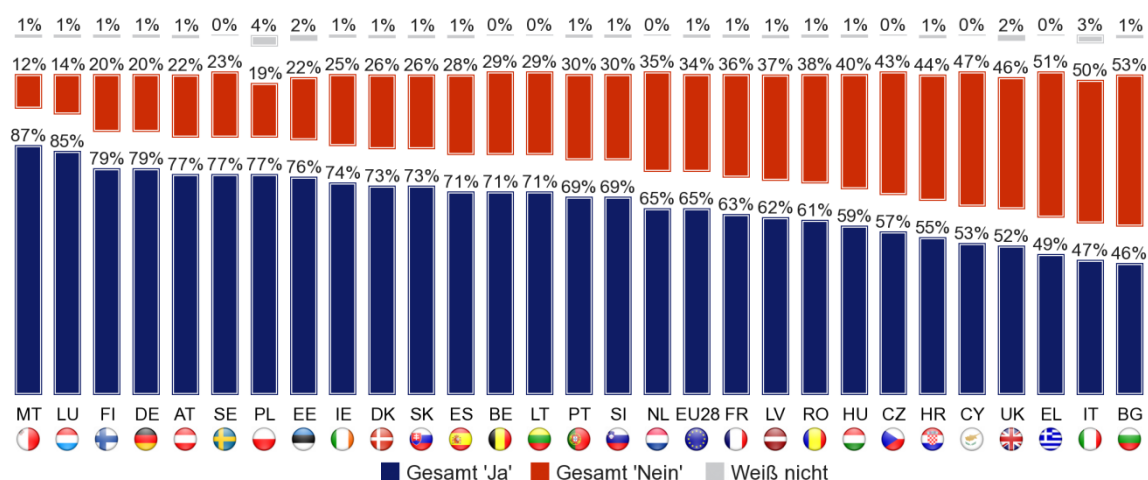


2. DAS GEFÜHL, EIN BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE

In 25 Mitgliedstaaten (im Herbst 2013 waren es 23 Mitgliedstaaten) gibt die Mehrheit der Befragten an, sich als Bürger der EU zu fühlen. Am weitesten verbreitet ist dieses Gefühl unter den Bürgern auf Malta (87 %, +13 Prozentpunkte seit Herbst 2013), in Luxemburg (85 %, unverändert), Finnland (79 %, +6), Deutschland (79 %, +6), Österreich (77 %, +14), Polen (77 %, +10) und Schweden (77 %, +8). Die drei Mitgliedstaaten, in denen dieses Gefühl nicht von einer Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird, sind Bulgarien (46 %, -3), Italien (47 %, +2) und Griechenland (49 %, +7). Das Vereinigte Königreich (52 %, +10) und Zypern (53 %, +7) sind in der aktuellen Umfrage hingegen zur Gruppe der Länder hinzugestoßen, in denen das Gefühl, ein Bürger der EU zu sein, auf eine Mehrheit der Bevölkerung zutrifft. Insgesamt ist in 24 Mitgliedstaaten ein Anstieg des Anteils an Befragten zu verzeichnen, die sich als Bürger der Europäischen Union fühlen. In zwei Mitgliedstaaten – namentlich in Luxemburg (85 %) und Ungarn (59 %) – hat sich die diesbezügliche öffentliche Meinung nicht verändert, und in Kroatien (55 %, -3) und Bulgarien (46 %, -3) ist der Anteil der Bürger, die dieses Empfinden teilen, leicht gesunken.

QD1.1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.

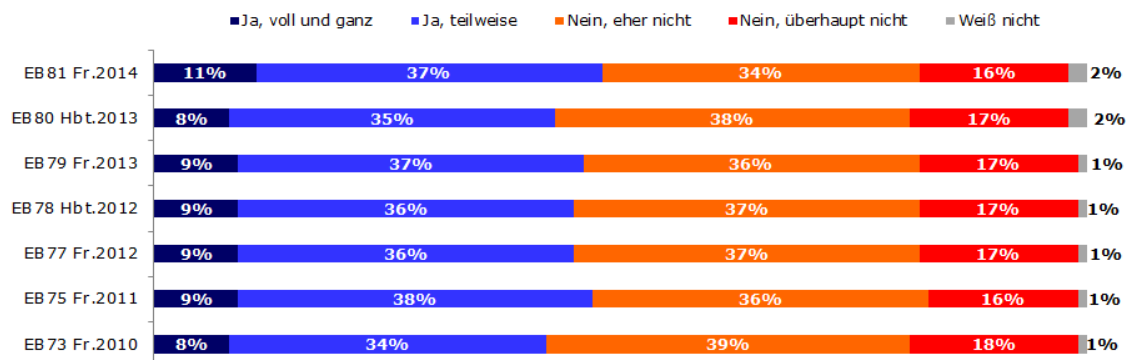
Sie fühlen sich als Bürger der EU



3. KENNTNIS DER RECHTE: TRENDS

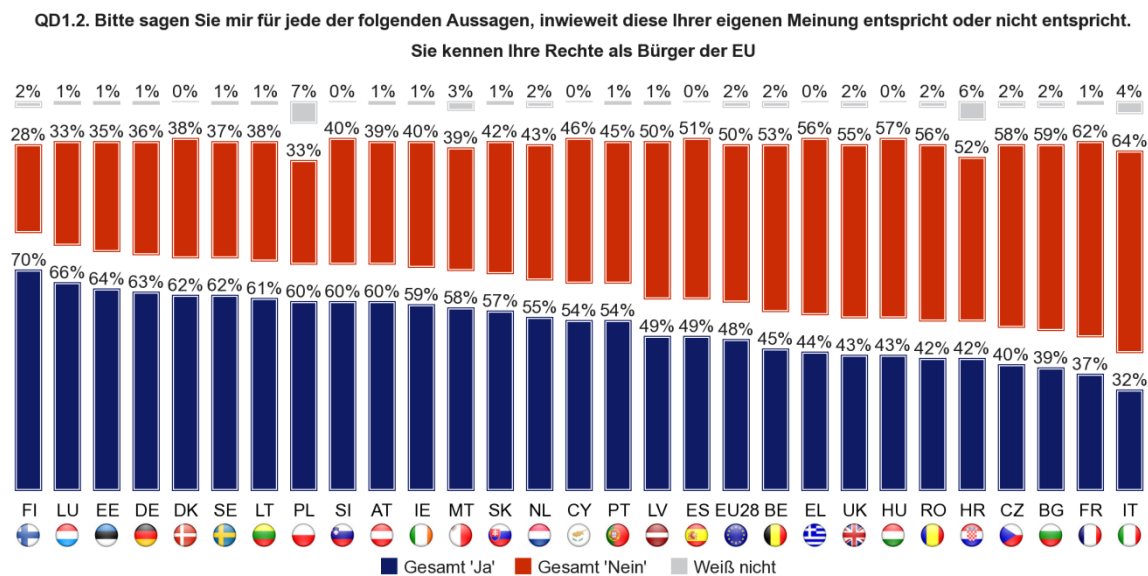
Fast die Hälfte der Europäer geben an, nach eigenen Angaben ihre Rechte als Bürger der EU (48 %, +5 Prozentpunkte seit Herbst 2013) zu kennen, während 50 % dies nicht tun (50 %, -5). Der Anteil der Europäer, die ihre Rechte als Bürger der EU kennen, hat damit seit dem Frühjahr 2010 (EB73) einen neuen Höchststand erreicht.

**QD1.2. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht.
Sie kennen Ihre Rechte als Bürger der EU - %EU**



4. KENNTNIS DER RECHTE: NATIONALE ERGEBNISSE

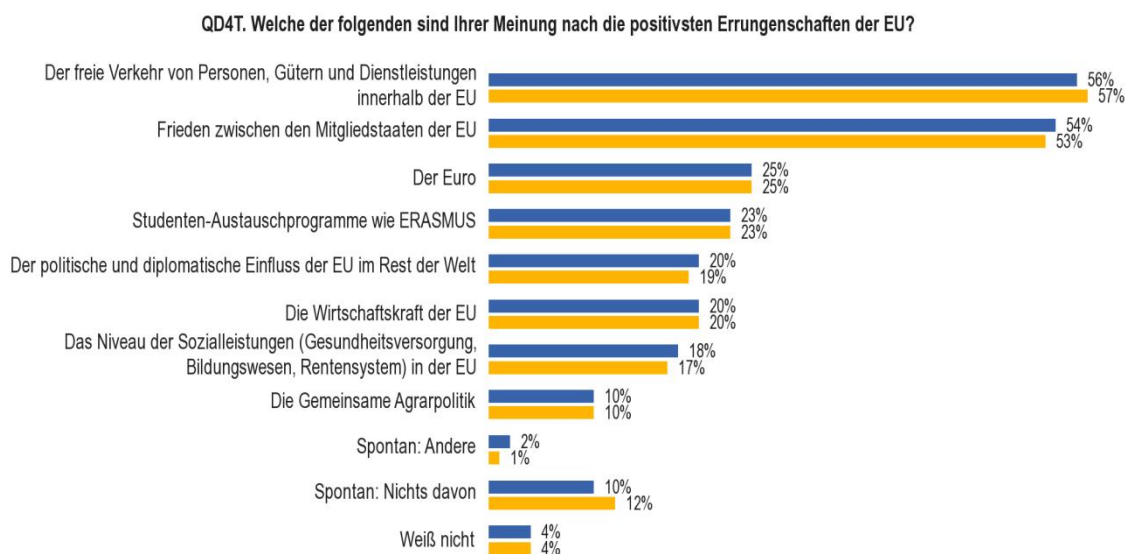
Der Ländervergleich zeigt, dass die subjektive Kenntnis der durch die Unionsbürgerschaft verliehenen Rechte erheblich variiert. Ganz oben auf der Skala stehen die Länder, in denen mindestens zwei Drittel oder mehr der Befragten angeben, ihre Rechte als Bürger der EU zu kennen. Dies sind Finnland (70 %, +6 Prozentpunkte seit Herbst 2013) und Luxemburg (66 %, +8). In den Ländern am anderen Ende der Skala kennen hingegen weniger als vier von zehn Bürgern diese Rechte: Bulgarien (39 %, +3), Frankreich (37 %, +8) und Italien (32 %, +1). Bei dieser Frage zeigt sich folgendes Gesamtbild: In 16 Mitgliedstaaten (im Herbst 2013 waren es 13 Mitgliedstaaten) kennt eine Mehrheit der Bevölkerung ihre Rechte als Bürger der EU und in 12 Mitgliedstaaten trifft dies nur auf eine Minderheit der Bürger zu.



5. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU

„Der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ und „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten“ sind aus Sicht der Europäer nach wie vor die mit Abstand positivsten Errungenschaften der EU und werden von 56 % (-1 Prozentpunkt seit Herbst 2013) bzw. 54 % (+1) der Befragten genannt. Beide Errungenschaften wurden mehr als doppelt so häufig als alle anderen abgefragten Errungenschaften genannt.

Zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Europäer nennt in diesem Zusammenhang „den Euro“ (25 %, unverändert), „Studentenaustauschprogramme wie ERASMUS“ (23 %, unverändert), „den politischen und diplomatischen Einfluss der EU im Rest der Welt“ (20 %, +1) und „die Wirtschaftskraft der EU“ (20 %, unverändert). Im Vergleich weniger häufig genannt werden „das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU“ (18 %, +1) und „die Gemeinsame Agrarpolitik“ (10 %, unverändert). Im Großen und Ganzen sind diese Ergebnisse seit der letzten Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2013 relativ konstant geblieben.



■ EB81 Fr.2014
■ EB80 Hbt.2013

● EU28

SCHLUSSFOLGERUNG

Die vorliegende Standard-Eurobarometer-Umfrage wurde im Mai/Juni 2014 (EB81) in den 28 Mitgliedstaaten der EU durchgeführt, wenige Tage nach den Wahlen zum Europäischen Parlament zwischen dem 22. und 25. Mai 2014.

Aktuell sind mehr als vier von zehn Europäern der Meinung, dass **ihre Stimme in der EU zählt**. Dies ist der höchste jemals gemessene Wert. Eine ähnlich positive Entwicklung konnte – wenngleich in geringerem Ausmaß – auch in den beiden Standard-Eurobarometer-Umfragen nach den Europawahlen 2004 und 2009 beobachtet werden.

Obwohl Wirtschaftsthemen nach wie vor an der Spitze **der größten Probleme auf europäischer Ebene** stehen, verlieren diese insgesamt an Gewicht. Dies bestätigt, dass sich das Wirtschaftsklima in der EU zum Positiven verändert. Die wirtschaftliche Lage rangiert in einer großen Mehrheit der Länder weiterhin ganz oben auf der Agenda der wichtigsten Probleme, obwohl die Nennungen um zehn Prozentpunkte zurückgehen. Auffällig ist auch, dass das Thema Einwanderung zunehmend an Bedeutung gewinnt (+5 Prozentpunkte) und weiterhin den vierten Platz der größten Probleme auf europäischer Ebene belegt.

Eine große Mehrheit der Europäer beurteilt sowohl **die wirtschaftliche Lage auf nationaler als auch auf europäischer Ebene** weiterhin als schlecht. Gleichwohl hat sich das Bild eines zunehmenden Optimismus, das bereits in den beiden vorangegangenen Standard-Eurobarometer-Umfragen vom Frühjahr und Herbst 2013 zu erkennen war, manifestiert. Ein Beleg hierfür ist, dass der Anteil der Befragten, die die nationale wirtschaftliche Situation als gut beschreiben, so hoch wie nie zuvor seit Beginn der Krise ist. Im Ländervergleich offenbaren sich jedoch erhebliche Unterschiede, was die Beurteilung des Zustands der Wirtschaft in den einzelnen Mitgliedstaaten betrifft, und die nennenswertesten Entwicklungen sind in den Ländern zu beobachten, in denen die wirtschaftliche Lage ohnehin als relativ gut wahrgenommen wurde.

Zum ersten Mal seit Beginn der Krise, nimmt der Anteil der Europäer, der davon ausgeht, **dass die wirtschaftliche Situation in den nächsten zwölf Monaten besser werden wird**, größer als der Anteil derjenigen, die davon ausgehen, dass sich die Situation verschlechtern wird.

Die Befürwortung des Euro hat weiter zugenommen, was den leichten Positivtrend bestätigt, der sich bereits im Herbst 2013 abgezeichnet hat. Damit scheint der im Frühjahr 2007 eingesetzte allgemeine Abwärtstrend hinsichtlich der Popularität des Euro gestoppt worden zu sein. Die stärksten Zunahmen werden in Lettland, Litauen, auf Zypern, in Portugal und in Griechenland beobachtet.

In der aktuellen Umfrage ist zum ersten Mal eine Mehrheit der Europäer der Meinung, dass **die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben**. Nichtsdestotrotz befürchtet eine große Minderheit, dass das Schlimmste noch bevorsteht.

Eine große Mehrheit der Europäer ist mit verschiedenen Aspekten **ihrer Lebensbedingungen**, wie z. B. mit ihrer Wohnsituation, ihrem Gesundheitszustand und

ihrem Lebensstandard, zufrieden. Die Zufriedenheit mit den genannten Aspekten ist entweder gleich geblieben oder hat sogar leicht zugenommen.

Im Vergleich zu 2006 gestiegen ist hingegen **die Angst vor Armut und sozialer Ausgrenzung**. Derzeit hat fast ein Drittel der Europäer Angst davor, in Armut zu geraten.

Mehr als sechs von zehn Europäern **fühlen sich als Bürger der EU**, und fast die Hälfte von ihnen ist nach eigenen Angaben mit ihren Rechten als Bürger der EU vertraut. Der Anteil der Befragten, die diese beiden Fragen mit „ja“ beantwortet haben, ist damit nicht nur höher als im Herbst 2013, sondern auf dem höchsten Stand seit Einführung der Frage im Frühjahr 2010.

Das Bild der EU bleibt weiterhin neutral. Trotzdem hat der Anteil der Befragten, die ein positives Bild der EU haben, im Vergleich zu Eurobarometer Standard Umfrage vom Herbst 2013 (EB80) zugenommen und erreicht sein höchstes Niveau seit Herbst 2011.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die EU ist unverändert; mehr als ein Drittel der Europäer spricht der EU das Vertrauen aus. Andererseits hat der Anteil der Personen, die der EU nicht Vertrauen leicht abgenommen.

Schließlich hat der Anteil der Befragten, die der **Zukunft der EU** positiv entgegen sehen, zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung wurde schon im Herbst 2013 beobachtet. Angesichts einer Zunahme um fünf Prozentpunkte, erreichen die Nennungen das höchste Niveau seit der Eurobarometer Standard Umfrage vom Herbst 2011 (EB76).

STANDARD-EUROBAROMETER 81

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS political & social, TNS UK und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Strategie, Corporate Communication Maßnahmen und Eurobarometer“, die EUROBAROMETER-Umfragerunde 81.4 durchgeführt.

Die Welle 81.4 ist die STANDARD-EUROBAROMETER 81 Umfrage und deckt die Bevölkerung mindestens 15-jähriger Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 81 Umfrage wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.012	31/05/14	9/06/14	9.263.570	2,18%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.074	31/05/14	9/06/14	6.294.563	1,48%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.011	31/05/14	9/06/14	8.955.829	2,11%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.006	31/05/14	9/06/14	4.625.032	1,09%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.576	31/05/14	9/06/14	71.283.580	16,79%
EE	Estland	TNS Emor	1.031	31/05/14	9/06/14	1.113.355	0,26%
IE	Irland	Behaviour & Attitudes	1.003	31/05/14	9/06/14	3.586.829	0,84%
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.017	31/05/14	9/06/14	8.791.499	2,07%
ES	Spanien	TNS Spain	1.033	31/05/14	9/06/14	39.506.853	9,31%
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.004	31/05/14	9/06/14	51.668.700	12,17%
HR	Kroatien	HENDAL	1.003	31/05/14	9/06/14	3.625.601	0,85%
IT	Italien	TNS Italia	1.036	31/05/14	9/06/14	51.336.889	12,09%
CY	Zypern	CYMAR	500	31/05/14	9/06/14	724.084	0,17%
LV	Lettland	TNS Latvia	1.012	31/05/14	9/06/14	1.731.509	0,41%
LT	Litauen	TNS LT	1.015	31/05/14	9/06/14	2.535.329	0,60%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	506	31/05/14	9/06/14	445.806	0,11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1.087	31/05/14	9/06/14	8.477.933	2,00%
MT	Malta	MISCO	504	31/05/14	9/06/14	360.045	0,08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.016	31/05/14	9/06/14	13.901.653	3,27%
AT	Österreich	ipr Umfrageforschung	1.000	31/05/14	9/06/14	7.232.497	1,70%
PL	Polen	TNS Polska	1.001	31/05/14	9/06/14	32.736.685	7,71%
PT	Portugal	TNS Portugal	1.075	31/05/14	9/06/14	8.512.269	2,01%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.022	31/05/14	9/06/14	16.880.465	3,98%
SI	Slowenien	RM PLUS	1.043	31/05/14	10/06/14	1.760.726	0,41%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.024	31/05/14	10/06/14	4.580.260	1,08%
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.012	31/05/14	10/06/14	4.511.446	1,06%
SE	Schweden	TNS Sifo	1.008	31/05/14	12/06/14	7.944.034	1,87%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.373	31/05/14	14/06/14	52.104.731	12,27%
GESAMT EU28			28.004	2/11/13	17/11/13	424.491.772	100%*

* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können

CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	KADEM	500	31/05/14	9/06/14	143.226
TR	Türkei	TNS Piar	1.026	31/05/14	10/06/14	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS BRIMA	1.033	31/05/14	9/06/14	1.678.404
IS	Island	Capacent	501	31/05/14	9/06/14	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	551	31/05/14	9/06/14	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.074	31/05/14	9/06/14	6.409.693
TOTAL			32.689	31/05/14	14/06/14	488.312.043